# SABOTAGE

kostenlos im Rhein-Neckar-Raum!

BEWEGUNGSMELDER
FÜR FUNDAMENTALE KRITIK
AN DEN BESTEHENDEN VERHÄLTNISSEN

Nr. 38 01/99
5. Jahrgang

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falckensteinstraße 49 10997 Berlin
Tel./Fax

KEIN TAG OHNE AUTONOMES ZENTRUM • LL-DEMO IN BERLIN • INNENSTADTAKTION IN MA • AGGRESSION GEGEN IRAK • PROGRAMM DES JUZ MANNHEIM UND DES AUTONOMEN ZENTRUMS HEIDELBERG

# Vorwort

WelcheR hätte das gedacht?!? - Mit dieser 38. Ausgabe der *Sabotage* treten wir - wenn auch ziemlich verspätet - in den fünften (!) Erscheinungsjahrgang. Den *Bewegungsmelder für fundamentale Kritik an den bestehenden Verhältnissen* gibt es jetzt schon seit Mitte 1995. Ob mensch auf so etwas „stolz" sein sollte, ist fraglich, auch wenn damit eine gewisse Kontinuität zum Ausdruck kommt: Ist es nicht so, daß eine Zeitschrift wie die unsrige, die gegen die kapitalistische, sexistische, rassistische Herrschaftsfunktionalität des postfordistischen Akkumulationsregimes anschreibt, eher danach trachten sollte, unnötig zu werden? Sprich: Nach der von uns anvisierten radikalen Umkrempelung der jetzigen Gesellschaftsformation, nach der sozialrevolutionären Destruktion des gegenwärtigen Staatsgefüges wären wir unseres elementarsten Sinnes beraubt - und hätten ausgewirkt. Aber leider ist es seit unserem ersten Erscheinen vor dreieinhalb Jahren

# Inhaltsverzeichnis:


**zentren häuser wagenplätze**

Kein Tag ohne Autonomes Zentrum ..... 5
Für einen FrauenLesbenblock auf der AZ-Demo ..... 8
Autonomes Zentrum in Köln geräumt ..... 9
Köpi bleibt! ..... 10

**internationales**

Augenzeugenbericht über die Hinrichtung von Andrea Wolf ..... 12
Gegen ein erneutes Bombardement des Irak ..... 13

**antisexismus**

Wer braucht den Männerrundbrief? ..... 15

**antirassismus**

Familie Karadeniz akut von Abschiebung bedroht ..... 16

**repression**

Wieder Verfassungsschutz-Angriff auf Heidelberger Strukturen ..... 18
„... Lügen und Vertuschungen seitens des Staates, ..." ..... 19

**programmübersicht**

Das Autonome Zentrum Heidelberg im Januar ..... 20

**antifa**

Luxemburg/Liebknecht-Demonstration 1999 in Berlin ..... 22
Schnelles Aus für das „Café Germania" ..... 24

**neues aus den infoläden**

„Stets zu Diensten. Der BND zwischen faschistischen Wurzeln und neuer Weltordnung" ..... 25

**leserInnenbriefe**

„Der Wahn des späten Spätkapitalismus ..." ..... 27
Anmerkungen der Redaktion zum Leserbrief ..... 32

**sonstige sabotage**

„Wir kehren auch für Ihre Sicherheit" - Innenstadtaktion in Mannheim ..... 35
„Singles"-Party im AZ - Für ein freies Radio Rhein-Neckar ..... 36
Demos & Veranstaltungen ..... 37

**selbstverwaltet - antifaschistisch**

Das JUZ Mannheim in Selbstverwaltung „Friedrich Dürr" im Januar/Februar ..... 39

auf dieser Welt nicht besser, auf vielen Politikfeldern eher noch schlimmer geworden. Und wir müssen weiterhin unseren bescheidenen Teil zur linksradikalen Gegenöffentlichkeit beitragen.

Ob das so bleiben wird, hängt also nicht nur von uns ab. Im Gegenteil: Kapitalistische Systeme zwingen die darin Lebenden dazu, sich bis zu einem bestimmten Grad ihrer Mechanismen zu bedienen, also die Rentabilitätskriterien des kapitalistischen Marktes zu erfüllen, um überhaupt überleben zu können. Sprich: Wir brauchen, um - nach amerikanischem Polit-Fanzine-Vorbild - in den „Twin-Cities" auch weiterhin kostenlos erscheinen zu können, Geld, das wir vornehmlich über unsere WerbeträgerInnen 'reinholen. Und wenn es in Heidelberg bald kein Autonomes Zentrum (AZ) mehr geben sollte, dann fiele eine unserer finanziellen Hauptstützen vom einen auf den anderen Tag weg. Seit Bestehen der *Sabo* wird darin das Monatsprogramm des AZs abgedruckt; selbstverständlich nicht unentgeltlich. Und das Wegfallen dieser Einnahmequelle wäre nicht das einzige Problem: Auch unsere Redaktionsanschrift müßte sich ein neues Zuhause suchen;

> "An die Stelle der Nachfrageregulation des Fordismus ... tritt heute eine aktive Gewährleistung der globalen Konkurrenzfähigkeit. Reguliert wird nicht mehr die Nachfrage, sondern die Angebotsseite. Dabei wird die Sozialpolitik ... den Anforderungen des internationalen Wettbewerbs untergeordnet. Die Nationalstaaten ... reagieren auf die internationale Konkurrenzsituation, indem sie sich ... als kapitalistische Unternehmen begreifen. Die staatlichen Verwaltungen versuchen, diesen Anforderungen gerecht zu werden, indem sie versuchen, ihre Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit der eigenen nationalen Ökonomie zu stärken und dies zum alleinigen Maßstab für ihre Politik zu erklären. Um dies gewährleisten zu können, werden sie einem Hierarchisierungsprozeß unterworfen und zunehmend autoritär geführt."
>
> gruppe demontage


## Impressum
## SABOTAGE

erscheint monatlich, Auflage 600 St.
Redaktionsschluß ist jeweils der 20. des Vormonats!

Die *Sabotage* ist erhältlich bei:
Antiquariat Schöbel & Kube HD, AZ HD, Comeback MA, Copy Corner HD, Crazy Diamond HD, Der Andere Buchladen MA, JUMP Walldorf, JUZ MA, LP HD, Neckarpark MA, Nosferatu MA, Schwarzwurzel LU, Stoffwechsel MA oder im

**Abonnement:** für 5/10 Ausgaben 10/20,- DM in Scheinen oder Briefmarken an die Redaktionsanschrift oder im **Internet:**
http://www.autonomes-zentrum.com/sabotage/sabotage.htm

**HERAUSGEBER:**
Autonomes Redaktionskollektiv HD

**Redaktionsanschrift:**
Sabotage
c/o Autonomes Zentrum
Alte Bergheimerstr. 7a
69115 Heidelberg
Fax: (0 62 21) 2 26 52
e-mail: sabotage@autonomes-zentrum.com

Namentlich gekennzeichnete Artikel stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Das **Redaktionskollektiv** entscheidet über Inhalt und Form der Zeitung. Zusendung von Artikeln ist erwünscht. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Zu den letztendlich abgedruckten redaktionsexternen Texten steht es in einem kritisch-solidarischen Verhältnis. Der Abdruck erfolgt honorarfrei.
*anti-copyright*: Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.

**Inhalte:** Die *Sabotage* will Informationen, Positionen und Diskurse veröffentlichen, die durch den bürgerlich-kapitalistischen Medienapparat nicht zugänglich werden. Sie will Menschen aus verschiedenen politischen Bereichen die Teilnahme an Diskussionsprozessen innerhalb der revolutionären Linken ermöglichen.

**ViSdP:** Kalle Blomquist
Landwehrstr. 1997
44577 Castrop-Rauxel

**Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

**Die nächste *Sabotage* erscheint frühestens Anfang März 99. SORRY!**

damit einhergehend würde sich wahrscheinlich auch die Fax-Nummer ändern beziehungsweise ganz verabschieden. Es sieht also von den externen Bedingungen her nicht sehr rosig aus. Aber zum jetzigen Zeitpunkt ist nur so viel klar: Die Februar-*Sabo* erscheint unter veränderten Bedingungen.

Apropos AZ: Das ist für systemoppositionelle Gruppen zur Zeit hier in Heidelberg das Thema Nr. 1. Selbstverständlich auch für uns. Deshalb werdet ihr in dieser *Sabo* neben dem, was sonst noch so passiert ist in den letzten eineinhalb Monaten, auch einiges dazu finden.

Ja, wie steht es denn nun um das Autonome Zentrum? Mit einem Wort: schlecht!

Es gibt nach wie vor kein diskutables Angebot, die ganzen öffentlichkeitswirksamen Aktionen der Vergangenheit haben zwar ein großes Medienecho erwirkt, den BetreiberInnen des AZs aber kein neues Gebäude in die Arme geworfen. Was nun? Bis 31.01.1999 werden ja noch ein paar Tage vergehen, an denen dieses und jenes passieren kann, - und am 06.02.1999 findet die dritte bundesweite AZ-Demo statt. Hoffentlich als erneuter Höhepunkt der bisher zweieinhalb Jahre alten Pro-AZ-Kampagne, die noch einmal Druck auf die EntscheidungsträgerInnen in der Stadtverwaltung oder im Gemeinderat ausüben soll. Wir veröffentlichen sozusagen stellvertretend - den offiziellen Demo-Aufruf des AZs und den Aufruf von Støregøre, der autonomen FrauenLesben Gruppe Heidelbergs. Wir erwarten von allen, für die ein selbstverwaltetes Zentrum in Heidelberg wichtig ist, auf diese Demo zu kommen und sich entschlossen und kämpferisch dafür einzusetzen.

Deshalb widmen wir diese *Sabo* allen Menschen, denen es zu verdanken ist, daß das Autonome Zentrum Heidelberg zu dem werden konnte, was es heute - kurz vor dem Exodus - ist: ein über weite Grenzen hinaus bekannter, beachteter, wichtiger politischer und gegenkultureller (Veranstaltungs-)Ort, den es nach dem 31.01.1999 in revolutionärer Erinnerung zu halten gilt. Wie wir erfahren haben, ist eine AZ-Dokumentation in Vorbereitung, die die nahezu achtjährige Geschichte dieses linken Treffpunktes noch einmal gebündelt Revue passieren lassen soll. (Achtet in nächster Zeit auf Ankündigungen jener Gruppen, die sich im AZ getroffen und nun eine neue Bleibe zu suchen haben.)

Das zum letzten Mal übers AZ kontaktierbare
**Autonome Redaktionskollektiv**

## Dokumentation

**Hallo, liebes *Sabotage* Magazin, hallo, liebe Leute aus dem AZ!**
**Da der Tag der Räumung unseres schönen Autonomen Zentrums immer näher rückt und immer noch kein Ersatz gefunden wurde, werde ich von Zeit zu Zeit dazu gezwungen, meinen Teil zum „Erhalt" des AZ beizutragen. Ich habe euch zwei Photos von einer nächtlichen Aktion auf einen Bus geschickt. Dazu dann selbstverständlich noch die entsprechende Anzeige in der Rhein-Neckar-Zeitung. (...)**
**Tschüs, euer ROTER RÄCHER!**
**PS: „AZ BLEIBT", zur Not mit Gewalt!**

## Aus dem Polizeibericht

**In Kunst am Bus,** allerdings einer fragwürdigen Art, übten sich zwischen Freitag, 22 Uhr, und Samstag, 8 Uhr, unbekannte Sprayer in Eberbach. Das in der Neuen Dielbacher Straße geparkte Gefährt präsentierte sich nach vollzogener Aktion auf beiden Seiten und am Heck in leuchtendem Orange und Blau. Die Herstellung des ursprünglichen Farbtons wird voraussichtlich 20 000 Mark kosten. Die in diesem Fall ermittelnde Kriminalaußenstelle Eberbach schließt einen politischen Hintergrund das Farbattentats nicht aus. Sachdienliche Hinweise, die auf die Spur der Täter führen, werden unter Telefon 0 62 71 / 9 21 00 entgegengenommen.

# Kein Tag ohne Autonomes Zentrum

## Endgültiges Aus fürs AZ?

**Am 31.01.1999 steht dem Autonomen Zentrum Heidelberg (AZ) die Räumung bevor. An diesem Tag läuft nämlich der auf öffentlichen Druck hin bisher zweimal verlängerte Anwaltsvergleich zwischen AZ und Stadtverwaltung *endgültig* aus. Dann sollen auf dem Areal, auf dem sich das AZ bisher befunden hat, Tiefgaragen, überteuerter Wohnraum und Einkaufspassagen für konsumfreudige Bevölkerungsschichten entstehen. Aus diesem Grund wird am 6. Februar 1999 eine bundesweite Demonstration stattfinden. Wir rufen dazu auf, an dieser Demo teilzunehmen und entschlossen für ein neues, gleichwertiges AZ zu kämpfen!**

Das Autonome Zentrum Heidelberg ist ein seit nunmehr siebeneinhalb Jahren existierender Treffpunkt für eine Vielzahl politisch und kulturell arbeitender Gruppen und Einzelpersonen. Seit Mai 1991 hat es sich bis heute zu einem festen Bestandteil der gewachsenen Kultur Heidelbergs entwickelt, der für ganz viele Menschen nicht mehr wegzudenken ist. An diesem linken Veranstaltungsort finden nicht nur größere und kleinere Discos, Konzerte, Informationsabende, Lesungen, Theateraufführungen statt; hier gibt es auch Werkstätten (z. B. Gustavs Fahrradwerkstatt), ein Fotolabor, Probe-/Gruppenräume, Workshops, das Café *Tabula Rasa*, einen Kinosaal, die FrauenLesben-Etage *Mafalda*, einen Sportraum, die *UnheilBar* und vieles mehr. Das AZ wird kollektiv organisiert und arbeitet nach nichtkommerziellen Maßstäben: alle sich in diesem selbstverwalteten Gebäude engagierenden Menschen arbeiten ehrenamtlich, und die Erlöse aus den zahlreichen Veranstaltungen kommen sozialen und politischen Projekten zugute. Im AZ findet einmal monatlich die einzige FrauenLesben-Disco ganz Heidelbergs statt; außerdem treffen sich dreimal wöchentlich zahlreiche Menschen bei der Volksküche zum Selbstkostenpreis von 2 -3 Mark; und im Infoladen *Moskito* können - anderswo kaum erhältliche - linke Zeitschriften und Bücher gekauft/geliehen werden.

## Öffentlichkeitswirksame Aktionen

Um zu verhindern, daß die BetreiberInnen des Autonomen Zentrums nach dem Abriß des jetzigen Gebäudes ohne neues, gleichwertiges Gebäude dastehen, haben sie - zusammen mit vielen anderen UnterstützerInnen und SympathisantInnen - seit über zwei Jahren durch öffentlichkeitswirksame Aktionen immer wieder auf die Situation des AZs aufmerksam gemacht. Mit dieser ganzen ProAZ-Kampagne, die mehrere Höhepunkte hatte - zwei bundesweite Demonstrationen, OB-Wahlkampf mit Plattmann, eine "LOVE your az PARADE", diverse Infostände, Agit-Prop-Veranstaltungen und Spontandemos -, sollte vor allem eines erreicht werden: von der Stadt ein offizielles und verbindliches Angebot adäquater Ersatzräume zu erhalten.

Auch die Aktionen verschiedener anderer Gruppen (z. B. des Komitees "*Kein Tag ohne Autonomes Zentrum*") haben für großes Aufsehen und für weiteren Druck auf die Stadt gesorgt: Zu erwähnen wären die Besetzung des Alten Waisenhauses in der Plöck im Oktober 1997, die Party-Besetzung des Alten Hallenbades im November 1998 ("Test-Your-AZ") und die kurzzeitige Besetzung des Römerkreises am 20. Dezember 1998. Obwohl Oberbürgermeisterin Beate Weber und VertreterInnen der Stadtverwal-

tung mehrmals versprochen haben, "*keine Räumung des Autonomen Zentrums ohne gleichwertigen Ersatz*" zuzulassen, ist es seit 1996 aber nur bei unverbindlichen Vertröstungen geblieben.

### Es gibt nach wie vor kein diskutables Angebot!

Während sich das AZ stets gesprächsbereit zeigte und die Stadt immer wieder zu Verhandlungen aufforderte, ist es aufgrund der ablehnenden Haltung der Stadt bisher nur äußerst selten dazu gekommen. Und wenn doch, dann meistens nur mit mäßigem Erfolg: Auch das am 26.11.1998 geführte, zweistündige Gespräch zwischen dem persönlichen Referenten der OB / dem Leiter des Liegenschaftsamtes und vier Vertretern des AZs hat keine fruchtbaren Ergebnisse hinsichtlich eines konkreten Gebäudeangebots gebracht. Und auf das erneute Gesprächsangebot, das am 14.12.1998 im Rathaus eingegangen ist, hat die Oberbürgermeisterin Beate Weber mit einem Brief reagiert, in dem sie sich und die Stadt Heidelberg durch die verzerrende, teilweise falsche Darstellung des derzeitigen Verhandlungsstandes in ein gutes Licht zu rücken versucht.

Trotz der Existenz mehrerer ZeugInnen, die genau das Gegenteil bestätigen können, behauptet sie darin unter anderem, daß niemals versprochen worden sei, "*die Räume in der Alten Bergheimer Straße 7a am 31. Januar 1999 nur dann verlassen [zu müssen], wenn Ersatzräume von der Stadt zur Verfügung gestellt würden*".

Obwohl das ohnehin indiskutable Projekt "*Schlierbacher Bahnhof*" - durch welches das AZ in einen Vorort Heidelbergs abgedrängt werden sollte! -, durch Indiskretion in der Stadtverwaltung bereits zum Scheitern verurteilt war, *bevor* das AZ überhaupt davon erfahren hatte, geht sie darin noch einmal darauf ein, indem sie sich damit brüstet, dem AZ "*im vergangenen Jahr ein städtisches Gebäude in Schlierbach angeboten*" zu haben, das dann abgelehnt worden sei.

### Keine Räumung ohne gleichwertigen Ersatz!

Die BetreiberInnen des Autonomen Zentrums haben es satt, sich von der Stadt hinhalten zu lassen. Sie haben es satt, sich von der Stadt solange "befrieden" zu lassen, bis sie wirklich keine Aussicht mehr auf neue Räumlichkeiten haben. Sie haben es satt, sich von der Stadt immer und immer wieder mit Repressionsmaßnahmen drohen lassen zu müssen. Anhand des obengenannten Briefes der Stadt und den in jüngster Zeit verstärkten Repressionen gegen AZ-AktivistInnen (Vorladungen wegen des *Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz*, VS-Anquatschen, ...) zeigt sich eindeutig, daß die Stadt dem Autonomen Zentrum inzwischen den Krieg erklärt hat und an einer Konfliktlösung nicht interessiert zu sein scheint! Doch das wird sich keineR der zahlreichen AZ-SympathisantInnen so einfach gefallen lassen.

Daher steht fest, daß der vielfältige Widerstand gegen eine *ersatzlose* Räumung des Autonomen Zentrums solange aufrechterhalten wird, bis es von Seiten der Stadt ein offizielles und verbindliches Angebot gibt - oder anderweitig Ersatz gefunden werden konnte!

Deshalb findet am 06.02.1999 - also zu einem Zeitpunkt, an dem es gar kein AZ mehr geben wird-, eine bundesweite Demonstration für ein neues, selbstverwaltetes Zentrum in Heidelberg statt. Eine Demonstration, die durch ihren geschlossenen, kämpferischen Charakter noch einmal verdeutlichen soll, daß es in Heidelberg auch weiterhin ein Gebäude für freie Gegenkultur und linke Politik von unten geben muß.

Es liegt an Euch allen - ganz gleich, ob Ihr das AZ als Partyraum, Treffpunkt oder politischen Freiraum wichtig findet -, an diesem Tag für die Weiterexistenz eines Autonomen Zentrums in Heidelberg auf die Straße zu gehen.

Zeigen wir der Stadt, daß wir
**ohne AZ** keine Ruhe geben!

**Freie Kultur und Widerstand**
**lassen sich nicht vertreiben!**
**Für ein neues, gleichwertiges**
**Ersatzgebäude!**
**Autonomes Zentrum Heidelberg**

**Die Demonstration wird bisher unterstützt von:** Antifaschistisches Aktionsbündnis Rhein-Neckar (*AG Junge GenossInnen* Rhein-Neckar, *Antifaschistische Jugendaktion* HD [AJA], *Antifaschistische Jugendaktion* MA [AJA], *ANO'kL*, *Antifa AK* an der Uni HD, *G.R.A.U.* Neustadt, *Antifaschistisches Kollektiv Maus* KA [AKM], *Autonome Antifa* HD, *Für andere Zustände* MA [FAZ], *I.G.F.S. Antifa* Neustadt, *Infotelefon G.A.R.F.I.E.L.D*, *PDS* Basisorganisation HD, *VVN Bund der AntifaschistInnen* HD, *Wilde Horde*) • Støregøre Autonome FrauenLesbengruppe Heidelberg • *ARNie* Zeitung • V. E. B. laut & lästig MA • JUZ Mannheim in Selbstverwaltung „Friedrich Dürr" • Gewaltfreie Aktionsgruppe Heidelberg • buero für angewandten realismus Ludwigshafen • Infoladen Moskito HD • Infoladen Mannheim • Infoladen Gießen • Infoladen/Archiv Aschaffenburg • Initiative Bildung für alle Aschaffenburg • Antifa Aschaffenburg • Flüchtlingsgruppe Dammbruch Aschaffenburg • Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (*Antifaschistische Aktion* Berlin, *Antifa* Bonn/Rhein-Sieg, *Antifa Kritik und Kampf* Nürnberg, *Antifaschistische Aktion* Passau, *Antifaschistische Gruppe* Hamburg, *Antifaschistisches Plenum & Jugend Antifa Aktion [JAA]* Braunschweig, *Autonome Antifa* Heidelberg, *Autonome Antifa [M]* Göttingen, *Autonome Antifa* Weser-Ems, *Rote Antifa* Nürnberg, *Rote Antifaschistische Initiative* Berlin) • Selbstverwaltetes JUZ Kronberg • GOAB (Geheimdienstlich Organisierte Autonome Banden) Nürnberg • Anti-AKW/Castor-Gruppe HD • Kinderclub Abrakadabra • APPD Metastase hessliches Neckartal • *Contraste* Zeitung für Selbstverwaltung HD • Dachverband der selbstverwalteten Jugendzentren Rhein-Neckar • LesBiSchwules Schulprojekt HD • Unheil-Bar HD • Antifaschistisches Aktions Bündnis Bayern (*Antifa Aktion* Augsburg, *Jugend Gegen Rassismus/Unabhängige Antifa* Bayreuth, *Antifa Aktion* Erlangen, *Autonome Zelle* Landshut, *Antifa Aktion* München, *Antifa Kritik & Kampf* Nürnberg, *Antifa Aktion* Passau, *Antifa Aktion* Penzberg, *Zusammen Aktiv Kämpfen* Sulzbach-Rosenberg, *Antifa Aktion* Ulm/Neu-Ulm, *Antifa Aktion* Würzburg) • Infoladen Fisty Karlsruhe, *Sabotage* Zeitung HD • PoliKult Bietigheim • Antifa Bietigheim • Fachschaft Politologie HD • AStA der PH HD • Redaktion Süd der Graswurzel Revolution • Bündnis gegen Rechts Leipzig • Conne Island Kulturzentrum Leipzig • Aktionsgruppe Neue Uni HD • Friedensladen HD • Roter Splitter HD • Buchhandlung Ex Libris HD • Nosferatu MA • LP HD • Zündsatz GdbR HD • SDAJ Karlsruhe • Antifaschistische Aktion Oldenburg • Der Andere Buchladen MA • Deutscher Freidenker-Verband • AZ Bazille Kassel • *Brüche* linke Zeitung Kassel • Iranisches Kulturzentrum im EWZ HD • Cuba Solidarität HD • Fachschaft Ethnologie HD • Zelle Reutlingen • KTS Freiburg • Exil Eislingen/Fils • Steffi Schwarzwaldstraße Karlsruhe • *Pandora* Fanzine KA • Theatergruppe „Nord-Süd-Kooperative" HD • Antifa Aktion Heidenheim • Autonome Antifa Nürtingen • „Dritte"-Welt-Laden HD • Zuckerladen HD • GAJ/AG Antifa Lahr • bermuda.funk MA • Antifaschistische Jugendaktion Stuttgart • Autonome Antifa Stuttgart • AKJ Eislingen • Aktionsgemeinschaft zur Steigerung der Lebensfreude Göppingen • *Hinterland im Aufbruch* Lokalzeitung für Göppingen • *Regiozine* Kirchheim/Teck und Göppingen • KoKoZe Göppingen • Autonome Antifa Göppingen • Beyond Records Eislingen • Revolutionär Sozialistischer Bund/IV. Internationale (RSB) Bezirksgruppe Rhein-Neckar • Subway HD • Himmelheber HD • Freudenhaus HD • Underground HD • Biwak MA • Globetrotter HD • Comeback MA

# Demonstration
## Samstag, 6. Februar 1999 12.00
## Bauhaus - Heidelberg

# Für einen FrauenLesbenblock auf der AZ-Demo am 06.02.1999

**Am 31.01.1999 steht die *endgültige* Räumung des Autonomen Zentrums Heidelbergs, des einzigen selbstverwalteten, nichtkommerziellen Zentrums, das vor 7 Jahren durch mehrere Besetzungen erkämpft wurde, bevor.**

Die letzten zwei Jahre waren geprägt von mehreren Räumungsterminen, die durch diverse Aktionen und den Druck zweier bundesweiter Demonstrationen jedoch immer wieder hinausgezögert werden konnten.

Die Versprechungen von Stadt und OB Weber, daß es keine Räumung ohne gleichwertigen Ersatz geben werde, entpuppen sich nun endgültig als leere Versprechungen und Befriedungstaktik: Derzeit gibt es kein Ersatzangebot.

Grundlage aller politischen und gegenkulturellen Aktivitäten im AZ sowie der vom AZ aus in die Öffentlichkeit getragenen Positionen ist ein antifaschistischer und antisexistischer Konsens.

Für autonome FrauenLesben stellt das AZ einen unverzichtbaren Freiraum dar: Die zu Anfangszeiten infolge einer Sexismusdebatte eingeforderte FrauenLesbenetage *Mafalda* wird von Frauengruppen mit unterschiedlichen politischen Schwerpunkten/Ansätzen genutzt, und die monatlich organisierte FrauenLesben-Disco ist das einzige derartige Event in Heidelberg.

Für FrauenLesben, die auch in gemischten politischen Zusammenhängen aktiv sein wollen, ist der Freiraum, den das AZ in Form von

- Etage *Mafalda*
- FrauenLesben-Discos
- Frauentag
- Frauenvoküs
- Unheilbar (LesBiSchwules Kneipentreiben)

darstellt,

unverzichtbar, um nötige FrauenLesbenpositionen festigen zu können, und von wo aus feministische Forderungen gestellt und eingefordert werden können.

Die bevorstehende Vernichtung der Möglichkeiten, die FrauenLesben bisher durch das AZ hatten, wirkt besonders zynisch vor Heidelbergs kommunalpolitischem Hintergrund: Während sich die Stadt und die Oberbürgermeisterin Weber gern mit dem Image der ach so frauenfreundlichen Kommunalpolitik brüsten, sind gerade Lesben- und Frauenprojekte immer wieder Opfer von Haushaltskürzungen und Einsparungen und müssen um ihr Überleben kämpfen!

**FrauenLesben-Disco bleibt!**
**FrauenLesbenetage *Mafalda* bleibt!**
**Kein Tag ohne Autonomes Zentrum!**

**Kommt alle zum**
**FrauenLesbenblock**
**auf der Demo am 06.02.1999!**
**Treffpunkt: 12 Uhr am Bauhaus**

**Støregøre**
**Autonome FrauenLesben Gruppe Heidelberg**

# Autonomes Zentrum in Köln geräumt

**Am 30. Oktober 1998 wurde von etwa 50 BesetzerInnen das ehemalige Eichamt in Köln besetzt und zum Autonomen Zentrum Köln erklärt. Strom und Wasser wurden angeschlossen und die Tore geöffnet. Somit entstand in Köln Raum für Konzerte, Theater, Kino, gemeinsames Wohnen und Essen sowie für Diskussionen und Treffen. Über 1000 Menschen besuchten an Wochenenden die nichtkommerziellen Veranstaltungen und Konzerte.**

Am Mittwoch, den 5. November 1998 wurden VertreterInnen des besetzten ehemaligen Eichamts in Köln zu Verhandlungen in das Regierungspräsidium geladen. Zeitgleich zu den Verhandlungen fand eine Demonstration für den Erhalt des Autonomen Zentrums Köln mit etwa 50 Menschen statt.

Noch während dieser Aktionen und trotz fest zugesicherter Nichträumung für diesen Tag, wurde das AZ mit Polizeihundertschaften geräumt. Die 17 BesetzerInnen wurden vorläufig festgenommen und nach einer erkennungsdienstlichen Behandlung wieder freigelassen.

Die Räumung wurde in den Medien als taktischer Zug der Polizei und der StadtbürokratInnen abgefeiert. Der Polizeieinsatzleiter Kehr spielte noch vor dem Regierungspräsidium den fairen Vermittler und gab dieses Verhalten bei der AZ-Räumung auch noch als „Taktik" mit feistem Grinsen zu.

Was nun folgen mußte, war eine Reihe von Protestaktionen:

Schon am Freitag darauf wurde durch ein Konzert mit über 100 Menschen der Chlodwig-Platz vorübergehend besetzt. Danach zogen die Leute zum Eichamt, und nachdem die Tore aufgebrochen waren, wurde das Haus wieder in Besitz genommen. Ziel der Aktion war nicht eine Wiederbesetzung, sondern ein Beschäftigungsangebot an die Kölner Polizei, die kurz danach auch massiv eingetroffen war. Kurz vor dem Eintreffen der Bullen waren jedoch keine BesetzerInnen mehr anwesend.

Eine Woche später wurde durch die Straßenaktion „WohnzimmerInnen in der FußgängerInnenzone" auf die Forderung für ein Autonomes Zentrum in Köln aufmerksam gemacht.

Der Kampf um ein AZ, in dem sich politische und kulturelle Gruppen treffen, Konzerte und Veranstaltungen stattfinden können, und ein Ort geschaffen wird, welcher sich gegen den Konsumzwang richtet, geht weiter.

**Selbstverwaltete Zentren und Häuser aufbauen und verteidigen!**

**Kein Tag ohne Autonome Zentren!**

C.

# KØPI BLEIBT!

**Die Schlinge um die KØPI in Berlin wird enger. Quasi durch Zufall gelangte ein Verkehrsgutachten in unsere Hände, das haarsträubend ist. Ein Versteigerungstermin ist auf den 16.02.1999 angesetzt. Da Bauanträge auf diesem Gelände leicht zu erwirken sind, würde ein Verkauf unser schnelles Ende bedeuten. Aber nun im Detail:**

Nachdem unser „Eigentümer" (Petersen + Partner KG) großschweifende Pläne mit der KØPI und ihrem Gelände hatte, erfuhren wir im Frühjahr, daß ein Zwangsverwalter vom Amtsgericht Mitte eingesetzt wurde, da Petersen Schulden in Millionenhöhe hatte. Das ganze Bauvorhaben war damit erstmal gescheitert. Seit dem 01.04.1998 ist Anton Meichsner, Kudamm 42, 10719 Berlin Zwangsverwalter unseres Hauses. Nach einem ruhigen Sommer liegt dieses Gutachten vor uns; daraus einige Passagen:

- Nach dem äußeren Anschein und einer vom Bauamt zur Verfügung gestellten Mängelliste der Wohnung 3 OG links ist das Gebäude in einem verwahrlosten Zustand, so daß eine Vermietbarkeit als Wohnung nicht gegeben ist.
- Nutzung: Ursprünglich wurde ein Teil des Kellers und des EG gastgewerblich, die Obergeschosse als Wohnungen genutzt. Zur Zeit werden die Wohnungen durch Hausbesetzer als Unterkunft genutzt.
- Sowohl die Räumung von den Hausbesetzern als auch die vermutlichen Altlasten wegen Bombenschäden verursachen Zusatzkosten, die pauschal mit ca. 100.000,- DM eingeschätzt werden.
- Gesamteinschätzung: Auch ein Abriß wäre wirtschaftlich vertretbar.

Die KØPI existiert als Wohn- und Veranstaltungsprojekt nun schon seit fast neun Jahren; seit sechs Jahren bestehen Mietverträge. Dieses Gutachten enthält also krasse Lügen, die dazu dienen sollen, das Haus möglichst teuer zu verscherbeln (Verkehrswert: 5,4 Millionen DM), bzw. uns als „leicht zu beseitigen" darzustellen. Wir werden das nicht zulassen und hoffen auf eure Unterstützung.

**Wir fordern:**
Die KØPI denen, die drin wohnen und feiern!
Kein Verkauf, kein Abriß!
Bezahlbaren Wohnraum für alle!
KØPI bleibt!

**Wir planen eine:**
**Demo**: KØPI verteidigen! (am 13.02.1999)
**Kundgebung zur Versteigerung**
(am 13.02.1999 vor dem Amtsgericht Mitte)
**Neunjahresparty**
(am 19.02.1999 in der KØPI)

**Zur Geschichte der KØPI:**
(...)

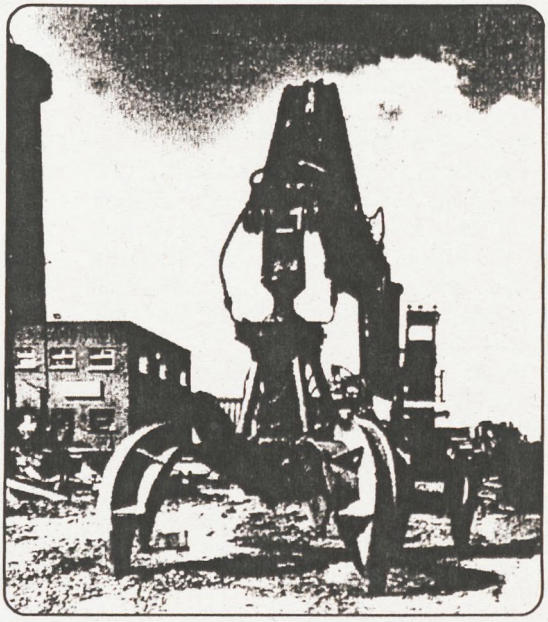
Am 23.02.1990 besetzten wir das Haus in der Köpenickerstraße 137 im [Berliner] Bezirk Mitte. Das Haus war gerade entmietet worden und sollte abgerissen werden. Die Verwaltung des Hauses unterlag der KWV. Sowohl mit der KWV als auch mit der Volkspolizei gab es keine Probleme. Schwierigkeiten hatten wir eher damit, daß wir das erste hauptsächlich von „Westlern" bewohnte Haus waren. Nach einigen Wochen richteten wir eine Volksküche ein und machten Konzerte, Parties und Soliveranstaltungen. Im Frühling und Sommer zogen immer mehr Menschen in den Ostteil [Berlins] und besetzten viele, viele Häuser. Nachdem die DDR im Oktober 1990 vollständig annektiert wurde, gab es die ersten gewaltsamen Räumungen. (...)

Nach der Räumung der Mainzer Straße gab es im Bezirk Mitte einen runden Tisch, der für die Häuser nach friedlichen Lösungen suchte. Im Sommer 1991 wurde zwischen den NutzerInnen/BewohnerInnen und der WBM (Nachfolgeeinrichtung der KWV) ein Vorvertrag für alle gemeinschaftlich/gewerblich genutzten Räume in der KØPI ausgehandelt. Dieser beinhaltet die bauliche Selbsthilfe und Einzelmietverträge. Am 01.05.1993 übernahm die GSE im Auftrag der WBM die Verwaltung für unser Haus. Die Einzelmietverträge wurden mit der GSE abgeschlossen. (...)

Das Haus bietet Wohn- und Lebensräume für ca. 40 Menschen, einschließlich ihrer Kinder... Verschiedene Menschen nutzen unseren Hof und Garten, um das Leben im Wagen zu genießen... Das unkommerzielle, selbstverwaltete Kulturzentrum bietet vielen Menschen die Möglichkeit, sich bei fairen Preisen zu treffen: Veganes, vegetarisches Frühstück am Sonntag, vegetarische VoKü, kostenloses Kino, Konzerte, Disko, Soliveranstaltungen und Kneipenbetrieb auf Selbstkostenbasis. WelcheR die KØPI kennt, weiß, daß viel Geld und Arbeit notwendig waren und weiterhin notwendig sind, um Wohnungen, Garten, Veranstaltungsräume ... in nutzbarem Zustand zu halten. Wir haben in den letzten acht Jahren nie eine Mark von unserem Besitzer, Vermieter oder vom Staat oder sonstwoher erhalten.

**Das soll auch so bleiben.**

**Køpi,**
**Köpenickerstraße 137,**
**10179 Berlin**



# Augenzeugenbericht über die Hinrichtung von Andrea Wolf (Ronahi)

**»[Aus dem (Augenzeugen-)Bericht von der Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK)] geht hervor, daß Ronahi ... bereits am 22.10.1998 in Beytüssebap Catak, im Kreis des Dorfes Keles, festgenommen worden war. Sie gehörte zu einer Guerillaeinheit der ARGK von 39 KämpferInnen, die von der türkischen Armee angegriffen wurde. 24 GuerillakämpferInnen kamen dabei ums Leben.**

**In dem Bericht heißt es:**

„Der Kampf dauerte von 11.00 Uhr morgens bis 14.00 Uhr nachmittags. Später folgten Angriffe von Kobra-Hubschraubern, die bis abends andauerten. Ronahi fiel zusammen mit acht bis 10 GenossInnen in die Hände der türkischen Armee. Das war nachts zwischen 1.30 und 2.00 Uhr. (...) 20 Minuten wurde sie von türkischen Offizieren verhört. Nachdem sie erfuhren, daß sie eine deutsche Staatsbürgerin ist, sagten sie:

»Sie wird uns genauso großen Ärger bereiten wie Kani.« [*Kani ist der Guerillaname der Hamburgerin Eva Juhnke, die im September 1998 wegen PKK-Mitgliedschaft vor dem Staatssicherheitsgefängnis in Van zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Anm. d. Red.*]

Dann haben sie sie kaltblütig erschossen. Drei FreundInnen, die sich in einer Höhle versteckt hielten, sahen aus einer Entfernung von vier Metern, wie Ronahi und die anderen FreundInnen gefangen genommen wurden. Zweimal wurden Handgranaten in die Höhle geworfen, aber ihnen passierte nichts."

Weiter wird berichtet, daß die Namen der anderen Guerillas, die zusammen mit Ronahi gefangen genommen wurden, bisher noch nicht bekannt sind. Auch sie wurden später erschossen. Beim Verhör von Ronahi sei ein Intellektueller anwesend gewesen, der in der Armee dient. Er verfolgte das Verhör. In dem Augenzeugenbericht heißt es hierzu:

„Dieser Intellektuelle hat ein vierseitiges Schreiben über den Vorgang an unsere Partei geschickt. Diesen Brief werden wir in Kürze erhalten. Acht der Guerilla, die sich versteckt gehalten hatten, konnten sich befreien und zu den FreundInnen zurückkehren. Drei Tage später kehrten die FreundInnen an den Ort des Geschehens zurück, um zu untersuchen, was dort passiert ist. Sie fanden den Leichnam von Ronahi und auch die Leichname der anderen Guerillas. Sie beerdigten die Leichname unserer FreundInnen. Ronahi hat Tagebuch geführt. Ihr Tagebuch wird vermißt, und auch andere persönliche Sachen werden vermißt. Höchstwahrscheinlich wurde alles von den Armeesoldaten beschlagnahmt."

Der Bericht schließt mit einigen Daten zu den letzten Aktivitäten von Ronahi:

„In der letzten Zeit ... befand sich Ronahi in Südkurdistan. Ab Mai 1998 war sie in der Ebene von Botan. Sie war vor allem im Hauptquartier der Freien Frauenbewegung Kurdistans, YAJK. Hier hatte sie keinerlei Schwierigkeiten; jede Art von Aufgaben hat sie mit ganzer Energie übernommen. Sie war in höchster Form, sehr durchtrainiert, und zeigte in jeder Hinsicht eine militante Haltung."«

aus der Pressemitteilung des
**Kurdistan Informationszentrums in Köln**
Hansaring 6
Postfach 10 19 37
50459 Köln

[Anmerkung der Redaktion: *Andrea Wolf (Ronahi Heval) hat vor ihrem Abtauchen in einem Wohnprojekt in der Fritzlaerstraße („Fritze") in Frankfurt gewohnt. Ihren Entschluß, sich der Frauenarmee der PKK in Kurdistan anzuschließen, hat sie gefällt, nachdem sie aufgrund der Aussagen des Spitzels Steinmetz von deutschen Behörden verdächtigt worden war, an der Knastsprengung in Weiterstadt beteiligt gewesen zu sein.*]

# Gegen ein erneutes Bombardement des Irak!

**Die USA und England [haben Mitte Dezember] wieder massiv irakische Städte und Einrichtungen [bombardiert]. Opfer [war und] ist wieder in erster Linie die Zivilbevölkerung des Iraks.**

[Neuester Stand: *„Im Konflikt zwischen den USA und Irak ist es am 05.01.1999 erstmals zu einem Luftkampf zwischen Flugzeugen beider Seiten gekommen.*" (zit. nach junge Welt vom 06.01.1999) - Seit geraumer Zeit mißachtet der Irak *„die 1991/1992 angeblich zum Schutze der Kurden im Norden und der Schiiten im Süden eingerichteten Flugverbotszonen*" (ebd.). Am 07.01.1999 hat ein US-Jagdflugzeug erneut eine irakische Luftabwehrstellung beschossen. Außerdem ist jetzt nicht nur bekannt geworden, daß *„die USA .... die UN-Waffenkontrolleure in Irak genutzt [haben], um den Sicherheitsapparat von Staatschef Saddam Hussein auszuspionieren*" (zit. nach FR vom 07.01.1999), sondern auch, daß *„bei den jüngsten Luftangriffen durch die USA und Großbritannien ... zwischen 600 und 1600 Iraker[Inn]en ums Leben gekommen*" (FR, 09.01.1999) seien. (Anmerkung der Redaktion)]

Schon der letzte Golfkrieg 1991 hatte verheerende Folgen vorwiegend für die Menschen im Irak. Krieg und Embargo haben nach unterschiedlichen Schätzungen zwischen 300.000 und 1.000.000 Tote gefordert. Unmittelbar nach dem Krieg sprach die UN davon, der Irak sei „in das vorindustrielle Zeitalter zurückgebombt" (zit. nach FAZ vom 10.2.1998) worden. Gesundheits- und Bildungswesen sind völlig zusammengebrochen. Es gibt für uns keinen Grund anzunehmen, daß diesmal die Zivilbevölkerung verschont [geblieben ist]! [Sehr schnell gab] es erste Meldungen über zivile Opfer.

Grund für den militärischen Alleingang der Vereinigten Staaten ist die Konkurrenz der USA mit Europa bzw. Rußland um die Ölprofite: „Vor allem Frankreich, China, Rußland und Kanada haben sich in Vorverträgen das Recht zur künftigen Ausbeute irakischer Ölfelder gesichert. Großbritannien und die Vereinigten Staaten aber werden für mindestens eine Generation keine Geschäfte mehr mit dem Irak machen können." (FAZ vom 10.2.98) Um nicht die Monopolstellung im Ölhandel zu verlieren, wollen die USA deshalb mit allen Mitteln das Embargo gegen den Irak aufrechterhalten.

Es geht uns aber nicht um eine einseitige Kritik an den USA, auch wenn diese im aktuellen Konflikt den aggressiveren Part [übernommen hatten]. Auch die Politik Europas ist, wenn es darauf ankommt, nicht viel friedlicher und hauptsächlich von ökonomischen Interessen geleitet und nicht von Humanität. Gerade Deutschland positioniert sich zunehmend wieder auf seiten der arabischen Diktaturen gegen Israel. Es gilt deshalb: Schluß mit dem Angriffskrieg der USA gegen den Irak! - Schluß mit der imperialistischen Politik auch Europas bzw. Deutschlands im Nahen Osten!

### Hintergründe zum Golfkrieg

### Geschichte:

(...) Die erneute Aggression gegen den Irak hat eine lange Geschichte: Als der Irak von 1980 bis 1988 gegen den Iran Krieg führte, war der Diktator Saddam Hussein noch „ein Gemäßigter", verteidigte er doch gegen den Iran westliche Interessen. Ziel war damals, den Sieg des islamischen Fundamentalismus' in der Golfregion zu verhindern, der die Stabilität der Regime feudaler Prinzen in der ganzen Region bedroht hätte. Deren Sturz hätte die Einflußmöglichkeiten des Westens bedroht. Als sich jedoch der Irak gegen den Iran durchsetzte, stieg er zu einer antiamerikanischen Regionalmacht im Nahen Osten auf, die zunehmend eine Gefahr für die Interessen der USA wurde. Deshalb wurde Hussein fallen gelassen und der einst mit großzügigen Militärhilfen unterstützte Diktator als Wiedergeburt Hitlers umdefiniert. Viel deutet darauf hin, daß der Irak 1991

# Augenzeugenbericht über die Hinrichtung von Andrea Wolf (Ronahi)

**»[Aus dem (Augenzeugen-)Bericht von der Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK)] geht hervor, daß Ronahi ... bereits am 22.10.1998 in Beytüssebap Catak, im Kreis des Dorfes Keles, festgenommen worden war. Sie gehörte zu einer Guerillaeinheit der ARGK von 39 KämpferInnen, die von der türkischen Armee angegriffen wurde. 24 GuerillakämpferInnen kamen dabei ums Leben.**

**In dem Bericht heißt es:**

„Der Kampf dauerte von 11.00 Uhr morgens bis 14.00 Uhr nachmittags. Später folgten Angriffe von Kobra-Hubschraubern, die bis abends andauerten. Ronahi fiel zusammen mit acht bis 10 GenossInnen in die Hände der türkischen Armee. Das war nachts zwischen 1.30 und 2.00 Uhr. (...) 20 Minuten wurde sie von türkischen Offizieren verhört. Nachdem sie erfuhren, daß sie eine deutsche Staatsbürgerin ist, sagten sie:

»Sie wird uns genauso großen Ärger bereiten wie Kani.« [*Kani ist der Guerillaname der Hamburgerin Eva Juhnke, die im September 1998 wegen PKK-Mitgliedschaft vor dem Staatssicherheitsgefängnis in Van zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Anm. d. Red.*]

Dann haben sie sie kaltblütig erschossen. Drei FreundInnen, die sich in einer Höhle versteckt hielten, sahen aus einer Entfernung von vier Metern, wie Ronahi und die anderen FreundInnen gefangen genommen wurden. Zweimal wurden Handgranaten in die Höhle geworfen, aber ihnen passierte nichts."

Weiter wird berichtet, daß die Namen der anderen Guerillas, die zusammen mit Ronahi gefangen genommen wurden, bisher noch nicht bekannt sind. Auch sie wurden später erschossen. Beim Verhör von Ronahi sei ein Intellektueller anwesend gewesen, der in der Armee dient. Er verfolgte das Verhör. In dem Augenzeugenbericht heißt es hierzu:

„Dieser Intellektuelle hat ein vierseitiges Schreiben über den Vorgang an unsere Partei geschickt. Diesen Brief werden wir in Kürze erhalten. Acht der Guerilla, die sich versteckt gehalten hatten, konnten sich befreien und zu den FreundInnen zurückkehren. Drei Tage später kehrten die FreundInnen an den Ort des Geschehens zurück, um zu untersuchen, was dort passiert ist. Sie fanden den Leichnam von Ronahi und auch die Leichname der anderen Guerillas. Sie beerdigten die Leichname unserer FreundInnen. Ronahi hat Tagebuch geführt. Ihr Tagebuch wird vermißt, und auch andere persönliche Sachen werden vermißt. Höchstwahrscheinlich wurde alles von den Armeesoldaten beschlagnahmt."

Der Bericht schließt mit einigen Daten zu den letzten Aktivitäten von Ronahi:

„In der letzten Zeit ... befand sich Ronahi in Südkurdistan. Ab Mai 1998 war sie in der Ebene von Botan. Sie war vor allem im Hauptquartier der Freien Frauenbewegung Kurdistans, YAJK. Hier hatte sie keinerlei Schwierigkeiten; jede Art von Aufgaben hat sie mit ganzer Energie übernommen. Sie war in höchster Form, sehr durchtrainiert, und zeigte in jeder Hinsicht eine militante Haltung."«

aus der Pressemitteilung des
**Kurdistan Informationszentrums in Köln**
Hansaring 6
Postfach 10 19 37
50459 Köln

[Anmerkung der Redaktion: *Andrea Wolf (Ronahi Heval) hat vor ihrem Abtauchen in einem Wohnprojekt in der Fritzlaerstraße („Fritze") in Frankfurt gewohnt. Ihren Entschluß, sich der Frauenarmee der PKK in Kurdistan anzuschließen, hat sie gefällt, nachdem sie aufgrund der Aussagen des Spitzels Steinmetz von deutschen Behörden verdächtigt worden war, an der Knastsprengung in Weiterstadt beteiligt gewesen zu sein.*]

# Gegen ein erneutes Bombardement des Irak!

**Die USA und England [haben Mitte Dezember] wieder massiv irakische Städte und Einrichtungen [bombardiert]. Opfer [war und] ist wieder in erster Linie die Zivilbevölkerung des Iraks.**

[Neuester Stand: *„Im Konflikt zwischen den USA und Irak ist es am 05.01.1999 erstmals zu einem Luftkampf zwischen Flugzeugen beider Seiten gekommen.*" (zit. nach junge Welt vom 06.01.1999) - Seit geraumer Zeit mißachtet der Irak *„die 1991/1992 angeblich zum Schutze der Kurden im Norden und der Schiiten im Süden eingerichteten Flugverbotszonen*" (ebd.). Am 07.01.1999 hat ein US-Jagdflugzeug erneut eine irakische Luftabwehrstellung beschossen. Außerdem ist jetzt nicht nur bekannt geworden, daß *„die USA .... die UN-Waffenkontrolleure in Irak genutzt [haben], um den Sicherheitsapparat von Staatschef Saddam Hussein auszuspionieren*" (zit. nach FR vom 07.01.1999), sondern auch, daß *„bei den jüngsten Luftangriffen durch die USA und Großbritannien ... zwischen 600 und 1600 Iraker[Inn]en ums Leben gekommen*" (FR, 09.01.1999) seien. (Anmerkung der Redaktion)]

Schon der letzte Golfkrieg 1991 hatte verheerende Folgen vorwiegend für die Menschen im Irak. Krieg und Embargo haben nach unterschiedlichen Schätzungen zwischen 300.000 und 1.000.000 Tote gefordert. Unmittelbar nach dem Krieg sprach die UN davon, der Irak sei „in das vorindustrielle Zeitalter zurückgebombt" (zit. nach FAZ vom 10.2.1998) worden. Gesundheits- und Bildungswesen sind völlig zusammengebrochen. Es gibt für uns keinen Grund anzunehmen, daß diesmal die Zivilbevölkerung verschont [geblieben ist]! [Sehr schnell gab] es erste Meldungen über zivile Opfer.

Grund für den militärischen Alleingang der Vereinigten Staaten ist die Konkurrenz der USA mit Europa bzw. Rußland um die Ölprofite: „Vor allem Frankreich, China, Rußland und Kanada haben sich in Vorverträgen das Recht zur künftigen Ausbeute irakischer Ölfelder gesichert. Großbritannien und die Vereinigten Staaten aber werden für mindestens eine Generation keine Geschäfte mehr mit dem Irak machen können." (FAZ vom 10.2.98) Um nicht die Monopolstellung im Ölhandel zu verlieren, wollen die USA deshalb mit allen Mitteln das Embargo gegen den Irak aufrechterhalten.

Es geht uns aber nicht um eine einseitige Kritik an den USA, auch wenn diese im aktuellen Konflikt den aggressiveren Part [übernommen hatten]. Auch die Politik Europas ist, wenn es darauf ankommt, nicht viel friedlicher und hauptsächlich von ökonomischen Interessen geleitet und nicht von Humanität. Gerade Deutschland positioniert sich zunehmend wieder auf seiten der arabischen Diktaturen gegen Israel. Es gilt deshalb: Schluß mit dem Angriffskrieg der USA gegen den Irak! - Schluß mit der imperialistischen Politik auch Europas bzw. Deutschlands im Nahen Osten!

### Hintergründe zum Golfkrieg

### Geschichte:

(...) Die erneute Aggression gegen den Irak hat eine lange Geschichte: Als der Irak von 1980 bis 1988 gegen den Iran Krieg führte, war der Diktator Saddam Hussein noch „ein Gemäßigter", verteidigte er doch gegen den Iran westliche Interessen. Ziel war damals, den Sieg des islamischen Fundamentalismus' in der Golfregion zu verhindern, der die Stabilität der Regime feudaler Prinzen in der ganzen Region bedroht hätte. Deren Sturz hätte die Einflußmöglichkeiten des Westens bedroht. Als sich jedoch der Irak gegen den Iran durchsetzte, stieg er zu einer antiamerikanischen Regionalmacht im Nahen Osten auf, die zunehmend eine Gefahr für die Interessen der USA wurde. Deshalb wurde Hussein fallen gelassen und der einst mit großzügigen Militärhilfen unterstützte Diktator als Wiedergeburt Hitlers umdefiniert. Viel deutet darauf hin, daß der Irak 1991

in eine Falle gelockt worden ist, ließ das US-Außenministerium doch verbreiten, daß die USA *„keinerlei Verteidigungsabkommen mit Kuweit [hat], und [daß es] keine besonderen Verteidigungs- oder Sicherheitsverpflichtungen gegenüber Kuweit"* gibt. Als der Irak Kuweit besetzte, änderten die USA ihre Meinung plötzlich und griffen den Irak an. Die Folgen sind bekannt: ca. 300.000 Tote während des Krieges und sogar noch mehr aufgrund der Embargofolgen. Das für den Nahen Osten vorbildliche Gesundheits- und Bildungssystem brach völlig zusammen, und schon längst besiegt geglaubte Seuchen brachen aus. (...) Der Irak als Konkurrent um die Vorherrschaft im ölreichen Nahen Osten war damit ausgeschaltet. Trotzdem wurde das Embargo weiterhin aufrecht erhalten, obwohl der ursprüngliche Vorwand - die Befreiung Kuweits - nicht mehr gegeben war.

**Die aktuelle Krise:**

Wie kam es nun zum erneuten Akt der Aggression gegen den Irak durch die USA und Großbritannien, diesmal, ohne daß der UN-Sicherheitsrat kontaktiert wurde und ohne daß Verhandlungen auch nur probiert wurden? Ein Blick auf den letzten Konflikt Anfang 1998 ist erhellend. Damals hatte sich gezeigt, daß die Interessen der westlichen imperialistischen Staaten seit dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der Sowjetunion zunehmend auseinandergehen: *„Rußland und Frankreich wollen mit Bagdad wieder ins Geschäft kommen, Vorverträge sind geschlossen. Öl und Geld könnte fließen"*, gäbe es da nicht das leidige Embargo. Der Plan, dieses aufzuheben, ging bisher nicht auf, *„weil die USA gemeinsam mit den Briten - dank kolonialer Aufteilung der Region schon immer und auch künftig ausgeschlossen von den Renditen irakischer Ölförderung - nicht im Traum daran denken, Nachsicht mit Hussein zu üben. Warum auch? Nur, damit Frankreich und Rußland oder auch andere Geschäfte machen können?"* (Frankfurter Rundschau [FR] vom 12.2.98) Der Konflikt zwischen den USA und Großbritannien einerseits und Frankreich bzw. Rußland andererseits hat also nichts mit Humanität zu tun, sondern einzig mit den ökonomischen und politischen Interessen der Akteure. Der Konflikt resultiert aus der innerkapitalistischen Konkurrenz um die Ölproduktion. Vorrangiges Ziel ist dabei, das Embargo um jeden Preis zu halten, da sonst die Monopolstellung US-amerikanischer Ölfirmen in Gefahr wäre. Anfang dieses Jahres hatte die USA eine Niederlage einstecken müssen: Auf Druck Frankreichs und Rußlands gelang dem UN-Generalsekretär Kofi Annan eine Verhandlungslösung, und das Embargo wurde etwas gelockert. Das ist wahrscheinlich der Grund, warum die USA diesmal ohne ihre westlichen Verbündeten losschlugen. Hätten diese doch wieder versucht, die Ziele der USA zu behindern. Auch diesmal wurde der Angriff von Frankreich kritisiert, wenn etwa der Verteidigungsminister Zweifel an der Wirksamkeit der Luftangriffe übt und betont, daß seiner Meinung nach die Krise politisch gelöst hätte werden können. (vgl. FR vom 18.12.98)

**Rolle Deutschlands:**

Deutschland spielt im Konflikt eine ambivalente Rolle: Einerseits sagte Schröder, „unsere Solidarität mit unseren Bündnispartnern, den Vereinigten Staaten und Großbritannien, steht außer Frage", andererseits zeichnet sich seit dem Anschluß der DDR und den damit einhergehenden Großmachtansprüchen des neuen Deutschlands ein Rückfall in die proarabische/antiisraelische Politik von vor 1965 ab. Israel wurde die Entwicklungshilfe gestrichen, 86 Firmen aus Deutschland waren mit Unterstützung des BND an der Giftgas-Connection mit dem Irak beteiligt, und die Scud-Raketen waren mit deutscher Hilfe erst so umgebaut worden, daß sie Israel erreichen können. (vgl. „Zeit" vom 5.2.98) Die deutschen Medien sind längst gegen die USA positioniert, wenn etwa die rechte FAZ lange Artikel über die Leiden der irakischen Zivilbevölkerung veröffentlicht und die Zahl der Embargototen mit *„bislang etwa einer Millionen Hungertote in der Zivilbevölkerung"* (FAZ von 10.2.98) wahrschein-

lich maßlos übertreibt. Auch die PolitikerInnen Deutschlands gehen zumindest zwischen den Zeilen auf Distanz zu den Angriffen der USA. *„Unter den Geschäftsleuten, die sich vom vorhersehbaren Ende der Wirtschaftsblockade Vorteile versprechen, befinden sich vor allem Europäer."* (FAZ vom 25.2.98) Deutsche Firmen hoffen also wieder, von den traditionell guten wirtschaftlichen Beziehungen zu den arabischen Diktaturen zu profitieren, die aufgrund des Drucks der USA einige Jahrzehnte storniert werden mußten. Außerdem wird auch der in Deutschland traditionelle Antisemitismus ein gutes Stück dazu beitragen, daß sich die Politik künftig einmal mehr gegen Israel richten wird.

Wenn auch die USA momentan diejenigen sind, die ihre ökonomisch angekratzte Vormachtstellung militärisch sichern wollen und damit den aggressiveren Part in der innerimperialistischen Konkurrenz einnehmen, darf das nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch die europäische Politik in erster Linie von ökonomischen Interessen geleitet ist und im Zweifelsfall auch keinen Deut friedlicher ist als die der USA. Es muß deshalb nicht nur die Kriegspolitik der USA bekämpft werden, sondern auch und vor allem die Politik Deutschlands. Wie der Angriff auf Jugoslawien zeigte, ist auch Deutschland unter den gegebenen Umständen bereit, Interessen mit Gewalt durchzusetzen. Es muß mit der ganzen imperialistischen Logik gebrochen werden, und nicht einseitig mit der der USA. Deshalb distanzieren wir uns von allen GolfkriegsgegnerInnen, die sich auf die Politik Deutschlands bzw. Europas positiv beziehen, oder aufgrund von antiisraelischer/antisemitischer Einstellung gegen die USA Stellung beziehen, weil sie sich vom Irak erhoffen, daß er Israel vernichten kann. Es ist schließlich kein Zufall, daß auch die Jungen Nationaldemokraten, die Jugendorganisation der NPD, inzwischen "Kein Blut für Öl" schreien.

**Antifaschistische Jugendaktion Heidelberg (AJA)**



## Wer braucht den Männerrundbrief?

**Die Männerrundbrief (MRB) - Redaktion aus Hamburg hat ihre Arbeit am MRB eingestellt. In ihrem letzten MRB vom Juli 1998 (Nr. 11) sind die Gründe dafür nachlesbar. Nach längerer Auseinandersetzung haben wir uns nun entschlossen, den MRB weiter zu machen.**

Wir, das sind Männer aus verschiedenen autonomen Zusammenhängen aus Münster, die alle Interesse, aber nicht total viel Zeit und Kraft für dieses Projekt haben. Deswegen werden wir auch erstmal nur eine Ausgabe machen und uns dann entschließen, ob wir weiter machen oder nicht.

Diese Ausgabe könnte im Februar/März erscheinen und den Titel haben: *„Wer braucht den Männerrundbrief? - Eindrücke der linksradikalen Männerbewegung"*. Der Schwerpunkt ist also orientiert an der Realität der Auseinandersetzung von Männern in der Szene. Wir begreifen das Ganze auch als eine Art Test, einmal, um besser einschätzen zu können, was es uns tatsächlich an Nerv, Auseinandersetzung und Energie kostet, eine Ausgabe zu gestalten und herzustellen, andererseits, um herauszufinden, was euch denn an einer solchen Zeitschrift liegt, in der Auseinandersetzungen geführt werden können, ein bundesweiter Austausch über Standpunkte, Aktionen, Theorien und Lebensrealitäten stattfinden könnte, die die Möglichkeiten bieten kann, neue Anstöße zu bekommen und sich weiter zu entwickeln. Also: Welchen Sinn es hat, in diesen Zeiten den MRB aufrechtzuerhalten und neu zu gestalten? Auch gemessen an euren Reaktionen auf diesen Artikel werden wir uns die Frage stellen müssen, ob wir unsere Kraft nicht sinnvoller einsetzen könnten.

Wir freuen uns über Reaktionen, über Artikel zum Schwerpunkt, oder was ihr sonst im MRB veröffentlichen wollt, über Anerkennung, Kritik, Bestellungen, Abowünsche und Spenden (bar, Scheck oder Briefmarken).

**Redaktion Männerrundbrief**
c/o Infoladen Bankrott
Dahlweg 64
48153 Münster

# Familie Karadeniz (Hirschhorn) akut von Abschiebung bedroht!

**Seit die „rot-grüne" Bundesregierung ihre Geschäfte begonnen hat, ist mal hier, mal dort davon zu hören oder lesen, daß es eine neue „Altfallregelung" für AsylbewerberInnen, neue Länderberichte des Auswärtigen Amts und ähnliches mehr geben soll. Damit werden Hoffnungen bei einem Teil der Flüchtlinge, die es bis in dieses Land geschafft haben, geweckt. Für viele werden auch diese Änderungen nichts bringen – falls diese denn jemals Wirklichkeit werden sollen.**

Inzwischen läuft die Abschiebemaschinerie ungebremst weiter. Einige spektakuläre Einzelfälle finden ihren Niederschlag in der bürgerlichen Presse, auch Massenabschiebungen von Dutzenden nach Afrika sind den SchreiberInnen noch einige Zeilen wert. Aber jeden Tag laufen Abschiebungen, von denen kaum Notiz genommen wird. Statt eine politische Lösung zu suchen oder wenigstens eine der oben genannten Änderungen abzuwarten, werden z. B. immer wieder kurdische Familien in die Türkei abgeschoben.

Dafür vorgesehen ist auch eine Familie aus Hirschhorn: Das Ehepaar Esma und Osman Karadeniz, das seit neun Jahren in der BRD lebt, mit fünf hier geborenen Kindern und fünf Geschwistern Osmans, vier davon jünger als 18. Ihre Asylfolgeanträge sind abgelehnt, am 18. Januar läuft die Duldung aus. Zur Zeit hoffen sie auf den Petitionsausschuß des Hessischen Landtags. Solange dieser nicht über die Petition entschieden hat, wird die Familie eher nicht abgeschoben.

Osmans Bruder Bedri Karadeniz hatte weniger Zeit. Kurz nach der Ablehnung seines Asylfolgeantrags versuchte er Anfang Dezember, bei den für ihn zuständigen Behörden in Gießen eine Verlängerung seiner Duldung zu erreichen. Bei dieser Gelegenheit wurde er verhaftet und in die Türkei abgeschoben. Seitdem haben seine Verwandten in Hirschhorn nichts mehr von ihm gehört. Auch die Menschenrechtsorganisation IHD und eine UN-NGO-Organisation haben bisher nicht herausfinden können, wo er zur Zeit ist. Daß Mitglieder dieser Familie konkret bedroht sind, zeigt auch das Beispiel des zuckerkranken 65jährigen Vaters Ramazan Karadeniz aus dem kurdischen Dorf Tilsakan (Özbek) im Kreis Idil. Denunziert von einem Dorfschützen, der kurz zuvor aus Deutschland abgeschoben worden war, mußte er im August 1998 vier Tage in Haft verbringen. Bei der Festnahme wurde er gefoltert. Davon erfahren haben die hier lebenden Kinder und Enkel aus der Zeitung „Özgür Politika". Osman Karadeniz selbst ist geflohen, weil er durch Folter zur Zusammenarbeit mit türkischen Staatsorganen gezwungen werden sollte. Die Narben sind heute noch zu sehen. Osman hat auch in der BRD an verschiedenen kurdischen Veranstaltungen teilgenommen, wobei er auch auf Pressebildern zu sehen ist. Die Familie gilt allgemein als PKK-nah.

(Meist 2x) wöchentlich aktualisiertes Ansageband mit lokalen, regionalen und (natürlich keinen nationalen, sondern) bundesweiten Nachrichten über und gegen Nazis. Nach der Ansage können (und sollen!) auch Infos für Garfield aufgesprochen werden. Neue Postanschrift: **Garfield, Postfach 1126, 69401 Eberbach**

Der Onkel Ahmet Karadeniz war als führendes PKK-Mitglied bekannt und entsprechend in der deutschen und türkischen Presse erwähnt. Er war im Düsseldorfer Kurdenprozeß angeklagt, das Verfahren wurde aber eingestellt. Später lief ein Verfahren gegen ihn vor dem OLG Frankfurt., das ihn am 13.10.97 verurteilte.

Die Gefährdung der Familie Karadeniz ist offensichtlich; die Entscheidung des Petitionsausschuß ungewiß. Immerhin hat sich in Hirschhorn eine UnterstützerInnengruppe gebildet. Auslöser dafür war Mehmet Karadeniz, Schülersprecher der Grund- und Hauptschule, der im persönlichen und schulischen Umfeld von der drohenden Abschiebung berichtete. Die UnterstützerInnen nennen sich in Anlehnung an die Mutterstadter Gruppe, die versuchte, die Abschiebung der Familie Düzenli zu verhindern, und deren Erfahrungen in die Arbeit einfließen, „Ökumenischer Arbeitskreis Solidarität mit AusländerInnen". Ungewöhnlich ist die Zusammensetzung dieses Arbeitskreises: Der evangelische Pfarrer ist ebenso vertreten wie ein ehemaliger CDU-Stadtverordneter, die wichtigsten Leute der örtlichen SPD und die ANO/KL (**A**ntifa **N**eckar-**O**denwald/**K**eine **L**ichterketten). Bei aller Skepsis, was für Aktivitäten mit dieser Konstellation möglich sind, hoffen die beteiligten AntifaschistInnen, daß ein breiterer Kreis mehr erreichen kann, als eine in ihrer Szene verhaftete Gruppe. Immerhin hat auch der SPD-Unterbezirk (Kreis Bergstraße) beschlossen, das Anliegen zu unterstützen. Und Landrat Hofmann (SPD) hat schriftlich zugesagt, daß keine Abschiebung vor der Entscheidung über die Petition erfolgt. Wenig genug, aber mehr als nichts, angesichts der herrschenden Zustände. Vor einigen Tagen mußte der SPD-Landrat des rheinland-pfälzischen Landkreises Mainz-Bingen von seinem Innenminister zurückgepfiffen werden, weil er einen bosnischen Flüchtling abschieben wollte, obwohl dessen Petition noch läuft. Und da ging es um einen der wenigen Abschiebefälle, von denen über die Lokalausgabe hinaus in den Zeitungen berichtet worden ist.

S.


SABOTAGE

*Die Sabo im Abo!*

**Ja,** ich abonniere die Zeitung *Sabotage* für mindestens fünf Ausgaben.

Kostet pro Ausgabe 2,- DM (inkl. Porto).

Ich bestelle: ☐ 5 Ausgaben/10,- DM
☐ 10 Ausgaben/20,- DM

In Europa plus 1,- DM/Ausgabe!
Mehrere Exemplare auf Anfrage!

Name/Vorname .....

Straße/Nr. .....

PLZ/Ort .....

Den Betrag habe ich bar, in Briefmarken oder als Verrechnungsscheck beigelegt.

Das Abo verlängert sich nicht automatisch. Meine Daten werden vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben. Das Abo kann ich jeder Zeit kündigen und erhalte das Restgeld zurück.

Datum/Unterschrift .....

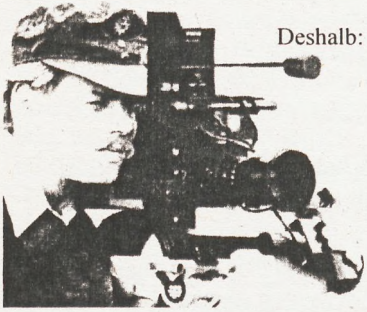
Bitte einsenden an: Sabotage
c/o Autonomes Zentrum,
Alte Bergheimerstr. 7a, 69115 Heidelberg

# Wieder Verfassungsschutz-Angriff auf Heidelberger Strukturen

**Am Dienstag, den 08.12.1998, genau drei Monate nach dem letzten bekanntgewordenen Anwerbeversuch durch den Verfassungsschutz (VS) im Raum Heidelberg, meldete sich der VS erneut zu Wort.**

Um ca. 11.30 Uhr klingelte an der Arbeitsstelle des Betroffenen K. das Telefon, der Anrufer bat um ein Gespräch mit K. Er stellte sich ihm als Mitarbeiter des Verfassungsschutzes vor und betonte, sein Anruf habe nichts mit Ks beruflicher Tätigkeit zu tun. Vielmehr gehe es um „Castor" und das „Autonome Zentrum" (AZ), er würde gerne mit K. „über die Castor-Gruppe reden", die sich ja im AZ treffe. Trotz sofortiger Ablehnung eines Gespräches bat der Verfassungsschützer um ein Treffen in der Mittagspause. Nach erneuter Ablehnung jeglichen weiteren Kontaktes verabschiedete sich der Schnüffler mit dem nochmaligen Hinweis, daß sein Anruf nichts mit Ks Arbeitsstelle zu tun habe.

Wieder einmal hat sich gezeigt, wie dringend der Verfassungsschutz an Informationen über die politischen Zusammenhänge in und um Heidelberg interessiert ist, und wieder einmal hat sich bestätigt, daß die einzig richtige Reaktion auf solch dreiste Anwerbeversuche die sofortige Ablehnung jeden Gespräches ist. Hat mensch sich erst einmal auf ein Gespräch eingelassen, ist es für die Schnüffler ein leichtes, durch geübte Gesprächsführung eine Vielzahl scheinbar uninteressanter Details zu erfahren, die unter Umständen zu einem wichtigen Puzzle-Teil im „Szene-Profil" der Verfassungsschützer werden können.



Deshalb:

**Keine Aussage bei den SchnüfflerInnen von Staats- und Verfassungsschutz!**

**Macht Anwerbeversuche sofort bekannt!**

**Anna und Arthur halten's Maul!**

**Rote Hilfe OG Heidelberg**

VEB laut & lästig Konzerte und mehr

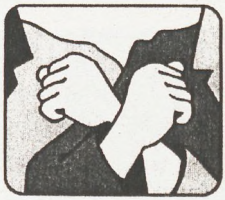
...unsere Idee ist es nach wie vor Politik, gute Stimmung und Gegenkultur miteinander zu verbinden.

Antifaschistischen,anarchistischen und autonomen Gruppen bieten wir eine Plattform für Gegenöffentlichkeit und unterstützen sie durch Spenden.

Wir suchen weiterhin Bands !

VEB laut & lästig c/o Schwarzwurzel

Jakob-Binder-Str. 10 67063 Ludwigshafen



# „... Lügen und Vertuschungen seitens des Staates, um die Mörder in Uniform zu decken."

**Die Staatsanwaltschaft Kiel hat im November 1998 ein Strafverfahren gegen die Zeitung „Die Rote Hilfe" (im folgenden: RHZ; herausgegeben vom Bundesvorstand des Vereins „Rote Hilfe e. V.") eingeleitet, wegen des Artikels „**5 Jahre Bad Kleinen - Nichts ist vergessen!**" in der RHZ Nr. 4/98, Seiten 3 bis 6. Beschuldigt werden zwei Mitglieder des Bundesvorstands als Verantwortliche.**

Die RHZ hatte einen ... Beitrag der „Antifaschistischen Liste an der Uni Göttingen" nachgedruckt, dem die Staatsanwaltschaft selbst bescheinigt, seine „*sachbezogenen Ausführungen*" seien „*strafrechtlich ohne Belang*". In der Einleitung zu diesem Artikel jedoch werde ausgeführt, daß „**für einen nicht bedeutenden Teil der (nicht nur) deutschen Öffentlichkeit damals kein Zweifel daran bestand, daß Wolfgang Grams am 27. Juni 1993 durch Beamte der GSG 9 ... auf den Gleisen des Bahnhofs Bad Kleinen exekutiert wurde**". Ferner sei von „**Lügen und Vertuschungen seitens des Staates**" die Rede, die „**notwendig waren, um die Mörder in Uniform zu decken.**" Die Staatsanwaltschaft folgert daraus, damit werde „*der Staat der bewußten Verheimlichung eines angeblich seitens seiner Amtsträger ausgeführten Mordes bezichtigt und damit gezielt und böswillig verächtlich gemacht*". Für die Staatsanwaltschaft ein Vergehen gemäß § 90a Abs. 1 Nr. 1 Strafgesetzbuch: „Verunglimpfung des Staates" (kursive Zitate aus der staatsanwaltschaftlichen Anhörung, fette Zitate aus dem inkriminierten Artikel).

Bis Ende Dezember 1998 war lediglich die staatsanwaltschaftliche Anhörung der Beschuldigten in der Welt, ob Anklage erhoben wird, noch ungewiß. Wegen der presserechtlichen kurzen Verjährungsfristen ist jedoch mit einer Entscheidung der Anklagebehörde ziemlich sicher noch im Januar 1999 zu rechnen.

Der Bundesvorstand der „Roten Hilfe e. V." und die Redaktion der Zeitschrift „Die Rote Hilfe" erklärten dazu Anfang Januar 1999 in Kiel:

„Der Versuch, kritische Stimmen durch Majestätsbeleidigungs-Paragrafen, heute 'Staatsverunglimpfung', mundtot zu machen, hat in Deutschland lange Tradition. Die Staatsanwaltschaft macht sich gar nicht die Mühe, die Behauptung, Wolfgang Grams sei von Polizeibeamten erschossen und dies danach vertuscht worden, als unwahr zu beweisen, sondern behauptet einfach, dies sei so absurd, daß es die 'Staatslehre' beleidige, so etwas zu behaupten.

Sollte es zu einem Prozeß in dieser Sache kommen, wird die Rote Hilfe ihn dazu nutzen, ein weiteres Mal auf die Ungereimtheiten und Widersprüche in der staatlichen Version und auf die ZeugInnen-Aussagen, die den Mordvorwurf begründen, hinzuweisen und damit belegen, daß der Schluß, in Bad Kleinen sei ein staatlicher Mord geschehen und danach vertuscht worden, nicht absurd, sondern naheliegend ist!

Das politische Ziel dieses Strafverfahrens gegen die RHZ ist jedoch nicht der Schutz einer abstrakten 'Staatslehre', sondern ganz handfest: genau diese öffentliche Auseinandersetzung darüber, was in Bad Kleinen geschehen ist, zu verhindern und zu unterdrücken, indem diejenigen, die von Mord sprechen, Bestrafung riskieren. Und damit gerade jene „Vertuschung", von der niemand mehr sprechen dürfen soll, fortzusetzen und abzuschließen! Dagegen zu kämpfen ist nicht allein Sache der Roten Hilfe, und wir bitten alle um Unterstützung, die sich ihre Meinung nicht vom Strafgesetzbuch vorschreiben lassen wollen!

Neben seinem Charakter als Teil der Bad-Kleinen-Vertuschungskampagne hat der Angriff der Staatsanwaltschaft aber auch die Rote Hilfe als Organisation selbst unmittelbar zum Ziel. Gerade die Tatsache, daß die Rote Hilfe nicht für eine einzelne politische Strömung spricht, sondern sich aus inzwischen 3000 Mitgliedern aus und vielen verschiedenen Bereichen und Teilen der Linken zusammensetzt, macht ihre Stärke aus und sollte jetzt auch zu ein er breiten und strömungsübergreifenden Solidarisierung mit der Roten Hilfe führen!

**Rote Hilfe e. V.**

# Das Autonome Zentrum im Januar

ein allerletztes Mal

**Alte Bergheimerstr. 7a; 69115 Heidelberg; Tel.: 06221 / 18 12 00**

# 23.01.99

## Partyvergnügen auf drei Floors

- Manische Weststadt

  großer saal

- JJ Schnuffle Parker (Drum 'n' Bass)

  lounge floor

- DJ m&m (going underground)

  basement

**Achtung: Einlaß nur bis 24.00 Uhr**

Beginn: 22.00 Uhr

Das AZ muß am 31.01.99 endgültig seine Räumlichkeiten in der Alten Bergheimerstraßeverlassen.
Die Stadt Heidelberg hat immer noch keinen gleichwertigen Ersatz angeboten.
Selbstverwaltete Zentren verteidigen!

# 29.01.99

## shut up and dance

- DJ's Danilo, Hookaman, Kenneth

  basement

- JJ Schnuffle Parker

  lounge floor

- KONZERT mit Babyfassung, El Max und Trottelkacker

  großer saal

Beginn: 22.00 Uhr (Eintritt: 5,- DM oder EUR)

# Luxemburg/Liebknecht-Demonstration 1999 in Berlin

## Erneute Angriffe der Staatsgewalt auf revolutionären Antifablock

**„Antifaschistisch, antikapitalistisch, revolutionär", das waren die Schlagworte für den revolutionären Antifablock auf der 1999er Demonstration zum Gedenken an die vor 80 Jahren ermordeten GründerInnen der Kommunistischen Partei Deutschlands, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Aufgerufen hatten neben der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) zahlreiche autonome und Antifa-Gruppen aus der gesamten BRD. Unter dem Motto „Den rechten Vormarsch stoppen!" rief die AA/BO auf, antifaschistische Kultur und Politik zu verbreiten und eine funktionierende Organisierung der Antifa-Bewegung zu schaffen, um somit „wieder Zugang zu weiten Teilen der Gesellschaft" zu erlangen. Die heutigen Aufgabe der antifaschistischen Bewegung sind „eine linke Politisierung und ein Zurückdrängen der rassistischen Bewegung" in der BRD. Der Antifablock sollte dieses Jahr bereits im Zeichen der von der AA/BO initiierten „Antifa Offensive 99" stehen.**

Bulleneinsatz auf der LL-Demo 1999

Die LL-Demonstration war wie immer seit 1996 von einem Bündnis aus link(sradikal)en Gruppen und Organisationen vorbereitet und durchgeführt worden. So versammelten sich dann auch am (früheren) Leninplatz - „Platz der Vereinten Nationen" - diverse anarchistische und autonome Gruppen, revolutionäre AntifaschistInnen, revolutionäre sozialistische Organisationen, einige kommunistische Parteien und Splittergrüppchen und zahlreiche kurdische und türkische Gruppen. Es waren also wieder fast alle Spektren der Linken vertreten - insgesamt fast 15000 TeilnehmerInnen. Die PDS hielt sich auch in diesem Jahr wieder „vornehm" im Hintergrund und rief nicht zur Demo auf. So zog es die PDS-„Führung" - Gysi/Bisky/Modrow - vor, am Morgen ganz staatsmännisch Kränze an der Gedenkstätte der SozialistInnen in Friedrichsfelde niederzulegen und sich nicht auf der Demo blicken zu lassen. Wer sich hingegen blicken ließ, war der neue Berliner Innensenator Eckhart Werthebach, der es sich, geschützt von Bodyguards, nicht nehmen lassen wollte, seinen „grünen Jungs" bei ihren Prügelaktionen zuzusehen.

Nachdem wir im letzten Jahr (*Sabo* 02/98) auch auf eine „innere Seite" - also auf die Demo und ihre teilnehmenden Gruppen und Einzelpersonen - eingegangen waren, soll es diesmal eher um die „repressionstechnische Seite" und die Demo an sich gehen. Zu sagen bleibt lediglich, daß sich das Erscheinungsbild noch etwas weiter in Richtung autonom-antifaschistische Demo bewegt hat und der Antifablock - mit einigen wenigen Ausnahmen - eindrucksvoller war, als die Jahre zuvor. Immerhin hatten sich in diesem Teil des Zuges über 3000 AntifaschistInnen und Autonome aus ganz Europa zusammengeschlossen. Aus Dänemark, Schweden und der Schweiz waren Antifas und AnarchistInnen eigens mit Bussen angereist. Hie und da hätte das Gesamtbild jedoch durchaus etwas geschlossener sein können, dann wäre auch für die Bullen kein so leichtes Durchkommen gewesen,

aber dazu später mehr.

Nachdem sich die Bullen 1997 zurückhaltend verhielten, gab es schon im letzten Jahr massive Angriffe mobiler Einheiten auf die TeilnehmerInnen der Demo, insbesondere auf kurdische und türkische Gruppen. So auch in diesem Jahr. Bereits kurz nach Beginn der Demonstration kam es ein paar hundert Meter nach dem Auftakt zu ersten Ausschreitungen der Berliner Polizei. Ohne Vorwarnung und mit äußerster Brutalität (gezielte Faustschläge, Tritte in den Unterleibsbereich usw.) stürmten die Bullen in die anfangs noch nicht konsequent geschlossenen Reihen des revolutionären Antifablocks und malträtierten alle, die ihnen vor die Fäuste kamen. Es gelang ihnen, mehre Menschen festzunehmen - aus welchen Gründen auch immer. Trotz der ständigen Aufforderungen an die Bullen, die Provokationen und Angriffe zu unterlassen, wurde während des gesamten Zuges der Antifablock noch mehrmals Ziel gleichartiger Attacken. Die weiteren Angriffe waren für die Bullen jedoch nicht ganz so einfach, da die TeilnehmerInnen jetzt schneller, besonnener und entschlossener reagieren konnten - wenn auch nicht entschlossen genug, um die Angriffe konsequent zurückzuschlagen.

Möglich werden die Rausgreifaktionen der Bullen dadurch, daß es leider immer wieder IdiotInnen gibt, die unbedingt im Antifablock mitlaufen müssen und trotz ständiger Bullenangriffe nicht raffen, wie bescheuert es ist, zwischen den Reihen in losen Grüppchen rumzueiern und somit sich und andere zu gefährden. Es bringt nichts, diesen Dummbeuteln ständig zu sagen: „Bleibt zusammen! Geht in Ketten!“ usw. In Zukunft sollte mit solchen „Kettensprengern“ anders verfahren werden - kurz gesagt: rausschmeißen!

Übel erging es in diesem Jahr auch dem Block der TKP (Türkische Kommunistische Partei), der brutal gestürmt wurde. Grund sollen Fähnchen der ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) gewesen sein. Die Angegriffenen setzten sich jedoch mit Fahnenstangen u. ä. zum Teil erfolgreich zur Wehr, so daß auch einige Bullen Blessuren davongetragen haben sollen (soweit das bei den gepolsterten Robocops überhaupt möglich ist). Immer wieder mußte der Demozug stoppen, um den willkürlichen Angriffen der Staatsgewalt begegnen zu können.

An die 40 Festnahmen und fast 20 Verletzte - eine Frau wurde so schwer verletzt, daß sie kurzzeitig ins Krankenhaus mußte - zogen die brutalen Attacken der grün-weißen ErfüllungsgehilfInnen des BRD-Staates nach sich. Angeblich wurden auch sechs Polizisten verletzt; die sechs verletzten Bullen tun uns selbstverständlich überhaupt nicht leid!

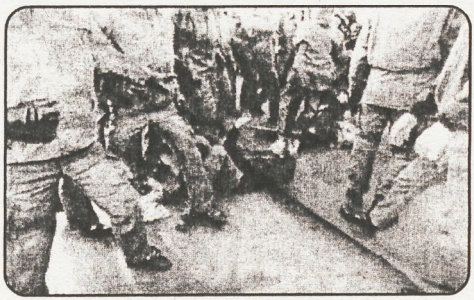
Trotz der zahlreichen Übergriffe durch die grün-weißen ChaotInnen aus Berlin ließ sich die Demonstration nicht einschüchtern und konnte erfolgreich zu Ende geführt werden. An der Gedenkstätte der SozialistInnen zeugten unzählige niedergelegte Nelken und zahlreiche Kränze davon, daß im Laufe des Tages wieder mehr als 100 000 Menschen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gedacht hatten.

Jetzt gilt es, sich durch die ständige Repression auf der LL-Demo nicht einschüchtern zu lassen. Wir dürfen uns die größte linke Demonstration in der BRD nicht vom System und seinen Schergen kaputt machen lassen. Na, habt ihr Januar 2000 schon was vor?

**Der Hauptfeind steht immer noch im eigenen Land!**

**Für eine entschlossene, kämpferische Luxemburg/Liebknecht-Demonstration im Jahr 2000!**

**Autonomes Redaktionskollektiv**



# Schnelles Aus für das "Café Germania"

## Nazi-Treffpunkt in Berlin-Lichtenberg geschlossen

**Nach gerade einmal einem Jahr mußte Anfang Dezember 1998 der Neonazi-Treffpunkt „Café Germania" [siehe Artikel in *Sabo* 10/98, Anm. d. Red.] in Berlin-Lichtenberg schließen. Grund für das schnelle Ende sollen Mietschulden sein, nach Gerüchten über 10000 DM. In einem internen Schreiben beklagt sich Ex-Café-Betreiber Andreas Voigt darüber, daß nicht ausreichend Nazis sein Lokal besuchten, und zum wiederholten Male die Scheiben des Cafés eingeschlagen wurden. Durch mehrfache militante Angriffe gegen das „Café Germania" hatte es Voigt nach eigenen Angaben schwer, ausreichenden Versicherungsschutz zu finden. Etwa einmal im Monat war das Café Ziel von antifaschistischen Aktionen gewesen. Jetzt wollen es die Faschisten aus dem Umfeld des „Café Germania" erneut versuchen: diesmal im Berliner Umland. Sie kündigten an, ein neues Café eröffnen zu wollen, um so auf das große Potential des Brandenburger Landes zurückzugreifen.**

Zwei Wochen vor dem Aus für den Nazi-Treff fand eine antifaschistische Demonstration anläßlich des sechsten Todestages von Silvio Meier statt. Silvio Meier war im November 1992 auf dem U-Bahnhof Samariterstraße in Berlin-Friedrichshain von Neonazis ermordet worden. Die Silvio-Meier-Demo stand unter dem Motto „Der rechten 'Kultur' entgegentreten! Weg mit dem Café Germania!" und führte direkt am Café vorbei. Rund 2500 AntifaschistInnen, zum größten Teil aus dem autonomen Jugendspektrum, beteiligten sich an der Demonstration, zu der auch das Bündnis gegen Rechtsextremismus Lichtenberg aufgerufen hatte. Dieses Bündnis war im Sommer 1998 ins Leben gerufen worden, um Aktivitäten und Strategien gegen den aufkommenden Rechtsextremismus im Bezirk zu entwickeln. Das Bündnis besteht aus zahlreichen Vereinen, Initiativen und Projekten aus Lichtenberg sowie VertreterInnen verschiedener linker Parteien und Antifa-Gruppen wie der Antifaschistischen Aktion Berlin.

Das „Café Germania" war ein Jahr lang zentraler Treff- und Sammelpunkt der organisierten Neonazi-Szene von Berlin und Brandenburg. Im Café gingen Nazi-Schläger, Skinheads, Hooligans und rechte Jugendliche ein und aus. Monatlich fanden politische Treffen der Berliner Kameradschaften sowie Schulungen und Veranstaltungen statt. Selbst der rechtslastige CDU-Innensenat gab nach einer kleinen Anfrage im Abgeordnetenhaus bekannt, daß es sich bei dem Café Germania um den „wichtigsten Koordinationspunkt der Neonazi-Szene in Berlin" handelt. Das „Café Germania" war als Pilotprojekt gestartet und wollte Vorbild für die Bundesrepublik sein. Vielerorts sollten ähnliche Kneipen eröffnet werden, um eine „deutschlandweite Infrastruktur von Nazi-Objekten" zu schaffen, so ein Rundschreiben vom Juni 1998.

Den Faschisten aus dem „Café Germania" wurden diese Pläne vorerst gründlich verdorben. Sie wurden immer wieder attackiert. Breiter antifaschistischer Widerstand in den verschiedensten Formen hat das „Projekt Café Germania" verhindert.

**Auch in Zukunft gilt: Antifa heißt Angriff!**
**Organisiert den revolutionären Widerstand!**

**Antifaschistische Aktion Berlin**

# „Stets zu Diensten. Der BND zwischen faschistischen Wurzeln und neuer Weltordnung“

**In der *reihe antifaschistischer texte* (rat) - einem in Zusammenarbeit mit dem Münsteraner UNRAST-Verlag entstandenen Redaktionsprojekt -, werden *„konzeptionell unabhängig ... aktuelle und zeitlose Diskussionen auf[gegriffen], aber auch wissenschaftliche Arbeiten zu politischen Themen ... herausgegeben“*. Nun hat dieses *„von einer eigenständigen Redaktion betreut[e]“* Projekt vor kurzem ein Buch ediert, das - am Beispiel des bundesrepublikanischen Bundesnachrichtendienstes (BND) - *„Grundlegendes über Struktur und Funktion von Geheimdiensten ... vermitteln“* will.**

Die AutorInnen Saskia Henze und Johann Knigge haben sich zu diesem Zwecke *deshalb* der Analyse des BNDs angenommen, weil er zum einen einen äußerst hohen Grad an faschistischer Kontinuität aufweist und zum anderen ein „durchhierarchisierter, bürokratischer Apparat ... mit enormer Reichweite und mörderischer Potenz“ ist. Nach einer für den weiteren Verlauf dieser Arbeit unerläßlichen Begriffsklärung beginnt die eigentliche Auseinandersetzung mit dieser vom „Ostfront“-Geheimdienst der Wehrmacht zum Auslandsgeheimdienst der BRD mutierten Institution mit ihrer historischen Fixierung, kommt dann zur Durchleuchtung ihrer heutigen, politisch legitimierten Funktionsweise und ihrer aktuellen Aufgabenfelder, und endet schließlich bei ihrer Neuorientierung im Hinblick auf die veränderte deutsche Außenpolitik. Dabei ist es den AutorInnen trotz des Problems, mit einer relativ dünnen Quellenlage zu diesem Thema konfrontiert zu sein, gelungen, mit Hilfe eines strukturellen Untersuchungsansatzes ein bißchen Licht in den bundesnachrichtendienstlichen Behördendschungel zu bringen und darüber hinaus „die aktuellen Debatten über zukünftige Ziele des BND im wiedererstandenen Nationalstaat »Deutschland« nachzuzeichnen“. Und gerade das macht dieses Buch zu einem nützlichen Nachschlagewerk für alle Gruppen/Einzelpersonen, die durch ihr Involviertsein in system**antagonistische** Kämpfe mit „Instrumenten der System**stabilisierung**“ in Konflikt geraten (können). Der BND jedenfalls ist solch ein Instrumentarium und dient deshalb - als Auslandsgeheimdienst - der Sicherung des „äußeren Bestands der Nation“, deren innere Ordnung von einem »freiheitlich-demokratischen« Grundsatz getragen wird. Der BND dient - wie alle Geheimdienste auf dieser Erde - nur einem Ziel: der Erhaltung bestehender Herrschaftsverhältnisse. Nun hat die Pullacher Behörde - wie am 18.12.1999 bekanntgeworden ist - einen neuen Chef: August Hanning. Der jahrelang im Kanzleramt für die BND-Aufsicht zuständige Jurist hat die neuen Aufgaben „seines“ millionenschweren Geheimdienstes wie folgt umrissen: „Agenten, die bisher vor allem Gegner in Osteuropa beobachtet haben, müssen sich Krisen in Irak, Extremisten in der Türkei oder Schleuserbanden aus Kosovo zuwenden.“ Diese Aussage dürfte deutlich machen, wohin die Reise des BNDs gehen soll...

Wir haben uns aus dem Buch zum Abdruck jenen (leicht gekürzten) Abschnitt ausgesucht, in dem das zweite konstitutive Element geheimdienstlicher Arbeit erklärt wird, um das es im Buch dann auch hauptsächlich gehen soll:

»Verdeckte Aktionen (covert action) sind neben der Aufklärungsfunktion das zweite konstitutive Element von Geheimdienstarbeit. „*Man mag einen Geheimdienst organisieren, wie man will - letzten Endes wird man immer wieder zu folgender Gliederung kommen:*

1. Nachrichtenbeschaffung
   = Informationsfunktion
2. Abwehr gegnerischer Spionage und Sabotage
   = Schutzfunktion
3. Gegenspionage (*aktive Aufklärung gegnerischer Nachrichtendienste*)
4. Geheimaktionen *(Sabotage, Diversion, Subversion, Kommandounternehmen, Unterstützung der ideologischen Kriegführung).*"

[Buchheit, Gert: **Die anonyme Macht**, Frankfurt am Main 1969, Seite 19]

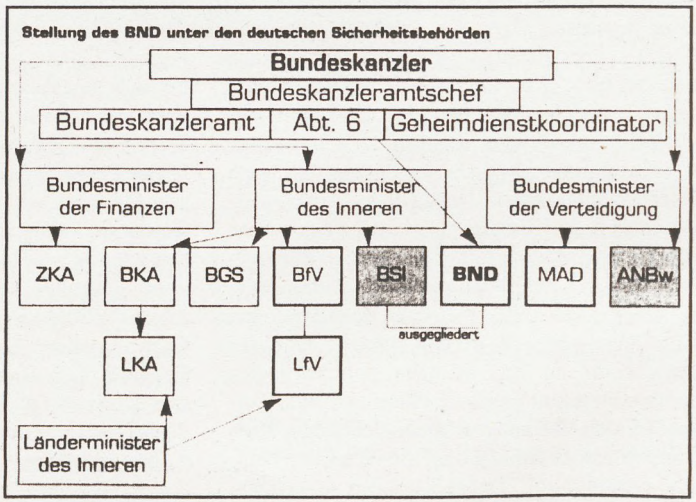
(...) [Darunter] wird hier ... alles subsumiert, was über die Sammlung, Beschaffung und Auswertung von Information hinausgeht. (...) Im strengen Sinne sind ... mit »covert action« Handlungen gemeint, die direkt der Durchsetzung machtpolitischer Interessen dienen und unmittelbar Wirkung zeigen: angefangen von der finanziellen Unterstützung für Parteien, Gewerkschaften, Kirchen oder Medien, über das Anheuern von Schlägertrupps in Wahlkämpfen, Sabotageakte, Waffenlieferungen an Staaten, Bürgerkriegsarmeen oder Untergrundinformationen, bis hin zu Entführungen, Attentaten und der Planung, Vorbereitung und Durchführung von Staatsstreichen. Dieser Bereich ist für Geheimdienste konstitutiv, weil sie allein die Grundvoraussetzungen für die Durchführung solcher Aktionen mitbringen:

- gut organisierte, verdeckte MitarbeiterInnen vor Ort
- keine Anbindung an das Legalitätsprinzip
- strikte Geheimhaltung und Ableugnung zum Schutz der Verantwortlichen.

Keine andere staatliche Organisation ist in der Lage, derartige Aktionen durchzuführen. Jeder Geheimdienst ist dazu in der Lage. Während ihre Informationsfunktion noch in Grenzen von einer öffentlichen Einrichtung geleistet werden könnte, setzt die Nutzung dieser Möglichkeiten durch die Regierung einen Geheimdienst voraus. Da verdeckte Aktionen auch nur in Grenzen technisch durchzuführen sind, dürfte diese Option den Geheimdiensten noch auf Jahrzehnte ihre Existenz sichern.«

**Autonomes Redaktionskollektiv**

Henze, Saskia und Johann Knigge: **Stets zu Diensten**. *Der BND zwischen faschistischen Wurzeln und neuer Weltordnung*, Hamburg / Münster: rat (reihe antifaschistischer texte)/ UNRAST-Verlag, 1997, 146 Seiten, Broschur, 19,80 DM [ISBN 3-928300-60-1]



# Der Wahn des späten Spätkapitalismus und die Hilflosigkeit des „Antifaschismus, wie wir ihn kennen"

**Wenn eine revolutionäre Bewegung gescheitert ist, sind die Schuldigen schnell gefunden. Da die Massen respektive ArbeiterInnen per definitionem revolutionär sind, wittern die Linken Verrat. So war es auch 1918, während der Novemberrevolution in Deutschland: *„Während die Arbeiter begannen, das herrschende System zu zerlegen, versuchten die Führer ihrer mächtigsten Organisation, der SPD, die Regierung dieses Systems zu übernehmen. Ihr Ziel war es, durch eine Parlamentarisierung von oben die revolutionäre Bewegung zu stoppen"* (1). Anstatt sich zu wundern, warum die traditionellen Forderungen der scheinbar sozialistischen Bewegung das allgemeine Wahlrecht oder der Achtstundentag waren - also sehr bürgerliche Forderungen ganz im Sinne der SPD-Führung -, wird der SPD vorgeworfen, die ArbeiterInnen betört zu haben, so daß sie schließlich Sachen machten, die sie gar nicht wollten (2), und bemängelt, daß der Rätebewegung *„ein verbindliches Programm und funktionierende Koordinationsstrukturen"* fehlten, was zwar durch die *„Gründung einer neuen Partei nach dem Vorbild Lenins behoben werden"* sollte, aber scheinbar zu spät.**

Doch die SPD ist nicht der eigentliche Drahtzieher der „Reaktion": Hinter ihr lauert das eigentlich Böse: die KapitalistInnen und Militärs. Und die, das ist bekannt, spielen mit der Welt, so auch 15 Jahre später, also 1933: *„Nachdem diesen* [den KapitalistInnen und Militärs - KK] *die SPD für ihre Interessen nicht mehr dienlich schien, wurde die Macht auf Hitler übertragen."* - Einen doppelten Dimitroff bitte. Vergessen ist, daß Hitler freiwillig gewählt worden ist und daß die Zahl seiner fanatischen AnhängerInnen während des Nationalsozialismus noch gestiegen ist, so daß es schwierig erscheint, überhaupt noch zwischen Deutschen und Nazis zu unterscheiden. Spätestens seit Goldhagen ist bekannt, daß die Deutschen willige VollstreckerInnen waren, die die Jüdinnen und Juden ohne Zwang und notfalls auch ohne Befehle ermordet haben. Der Nationalsozialismus war eben nicht „die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals" (3) übers Volk, sondern die Diktatur des Volkes über jegliche Individualität, mit all den mörderischen Konsequenzen.

Bei der Analyse des heutigen Deutschlands kommt die AA/BO nicht drumherum, einen in *„weiten Teilen der Bevölkerung verankerte[n] Rassismus"* zu konstatieren. Doch immer, wann der rassistische Mob thematisiert wird, wird er sogleich dadurch entschuldigt, daß es in Wahrheit die Herren (und manchmal auch Frauen) in Politik, Wirtschaft und den Medien sind, die alles verursachen. *„In einem für sie* [die Nazis - KK] *günstigen gesellschaftlichen Klima, das gekennzeichnet ist durch soziale Widersprüche (Massenarbeitslosigkeit, Sozialraub etc.) können sich die Nazis wie die ‚Fische im Wasser' fühlen. Zumal dann, wenn die etablierte Politik die gleichen rassistischen Erklärungsmuster für auftretende Widersprüche im Kapitalismus liefert."* Rassismus kommt im Aufruf nur als *„Mittel der sozialen Kontrolle"* der scheinbar (4) Herrschenden vor, um die berechtigte Wut der Bevölkerung über *„die sozialen Widersprüche (Massenarbeitslosigkeit, Sozialraub etc.)"* auf andere falsche Opfer umzuleiten. Die Bevölkerung ist also eigentlich gut, nur ein bißchen ungebildet, so daß sie die „richtigen" Ziele noch nicht findet. Die Antifabewegung ist laut AA/BO folgerichtig nicht deshalb eine *„randständige Ideensekte"*, weil die Leute rassistisch/antisemitisch sind (5), sondern weil - und hier sind wir beim historischen Vorbild der KPD - eine *„funktionierende Organisation"* fehlt, über die wieder *„Zugang zu weiteren Teilen der Gesellschaft"* erlangt werden kann.

Nur weil die faschistische Bedrohung ausschließlich in Stiefelnazis und Staat verortet wird, und nicht im (deutschen) Volk, kann die AA/BO Antifaschismus in ein *„erfolgreiches Betätigungsfeld der Linken"* verklären - Erfolgreich war Antifaschismus in Deutschland aber leider noch nie! Der Hauptfeind jeder emanzipatorischen Bewegung war bisher immer die Bevölkerung selbst, die weitgehend freiwillig die jeweiligen Ordnungen trug. Deshalb muß jede emanzipatorische Initiative bevölkerungsfeindlich sein. Ziel ist „die Emanzipation der Deutschen zu Menschen" (Marx) Das Volk muß aufhören, Volk sein zu wollen.

Nach AA/BO ist faschistische Ideologie, wie gezeigt, hauptsächlich ein von **„oben" evoziertes, unaufgeklärtes** „falsches Bewußtsein", um über Klassenantagonismen hinwegzutäuschen, also eine zynische Strategie von angeblich Herrschenden, die selbst nicht antisemitisch bzw. rassistisch sind. Sowohl Volk als auch Führung wird dabei bewußtes rationales Handeln unterstellt. Das Volk will etwas gegen den sozialen Kahlschlag unternehmen, die Führung nutzt ihre Propagandamöglichkeiten, um nicht selbst in die Schußlinie zu geraten, und greift so zum Faschismus. In diesem Sinne leitet sie ihren Aufruf zum Antifablock der LLL-Demo mit dem Satz: *„Wer von Faschismus redet, darf von Kapitalismus nicht schweigen"* ein. Max Horkheimer, der diesen Satz in seiner Schrift *„Die Juden und Europa"* schrieb, wollte damit zwar genau das ausdrücken, er revidierte aber, wie auch der Rest der kritischen TheoretikerInnen diese These nach der Shoa - *„Die Juden und Europa"* nahm er auch nicht in seine Werkauswahl auf. Trotzdem gibt es nach Kritischer Theorie einen untrennbaren Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Nationalsozialismus, so daß der Satz zwar schon stimmt, aber in einem anderen Sinne wie anfangs geglaubt und von der AA/BO übernommen.

In der Marktwirtschaft finden sämtliche Entscheidungen, was wann und wo produziert wird, hinter dem Rücken der Menschen statt. Jede/jeder ist nur ein Zahnrädchen in einer irrationalen Maschinerie, die sie/er weder versteht noch beherrscht. Sie funktioniert nach „Formeln, denen es auf der Stirn geschrieben steht, daß sie einer Gesellschaftsformation angehören, worin der Produktionsprozeß den Menschen, nicht der Mensch den Produktionsprozeß bemeistert" (Marx). Diese Formeln stellen sich für die bürgerlichen Subjekte quasi als Naturgesetze dar, die ebensowenig in Frage gestellt werden können, wie etwa die Schwerkraft. Ohnmächtig schwimmen die Subjekte des Spätkapitalismus in der Gesellschaft, wie eine Schiffbrüchige im Meer. Die standardisierte gesellschaftliche Ordnung stiftet ihnen dabei Halt durch ständige Wiederholung (im Arbeitsprozeß und in der kulturindustriell organisierten Freizeit [6]), ohne freilich Erfüllung zu bringen, welche dann aufs dumpfe Pogrom verschoben wird. Immer in Angst, das Falsche zu denken, identifizieren sich solche „ichschwachen" Individuen mit der Autorität, also dem Staat oder dem Führer, der ihnen die Entscheidungen abnimmt. „Freiwillig" fügen sich alle in ein Kollektiv ein, in dem jegliche Abweichung (die notfalls auch erfunden wird) abgestraft wird (z. B. die abweichende Sexualität von Lesben und Schwulen oder die vermeintliche Andersartigkeit von als AusländerInnen Definierten). Unterdrückte bzw. verdrängte Sehnsüchte (7) wie auch völlig unverstandene gesellschaftliche Widersprüche (8) werden dabei auf „die Anderen" projiziert und ausgemerzt, wobei die Opfer prinzipiell austauschbar sind. Historisch haben sich die Jüdinnen und Juden als gute Projektionsfläche entpuppt, da es schon einen christlichen Antisemitismus gab und „die JüdInnen", da sie in nichts von „Deutschen" unterscheidbar sind, hinter allem und jedem vermutet werden können. Momentan sind es aber eher MigrantInnen, die den Volkszorn abbekommen.

Die irrationale, warenproduzierende Gesellschaft, in der nicht für den sinnlichen Gebrauch produziert wird, sondern für den Tausch - egal ob Bomben, Nahrungsmittel oder Plastikschrott - schafft tendenziös immer irrationale „autoritäre Charaktere", die empfänglich für Verschwörungstheorien und antisemitische Stereotypen sind und gerne in Eigen- und Fremdgruppe unterscheiden.

Die durch den Kapitalismus verursachten psychologischen Prädispositionen sind die Ursache für faschistische Ideologien in der Bevölkerung. Die Propaganda in den Medien, die sozialen Widersprüche und die Hetze der PolitikerInnen löst sie nur aus (9), ist also keine Ursache. Antisemitismus wird nicht durch Propaganda verursacht, sondern ist in der bürgerlichen Gesellschaft selbst notwendig angelegt und deshalb auch nicht einfach durch die Entkräftung der leicht als Lügen zu entlarvenden Vorurteile zu bekämpfen. Es muß deshalb nicht nur *„der durch die Produktion erzeugte gesellschaftliche Reichtum [...] so verteilt werden, daß die Grundversorgung gewährleistet und Grundbedürfnisse befriedigt werden können"*. (Wobei für die einzelnen sowieso nicht viel herauskommen würde, wie Pankow richtig bemerkt.) Es muß auch die fetischisierte, entfremdete Produktionsweise, also die Warenform der Produkte selbst kritisiert werden, die alle in ihren Bann zieht, auch die NutznießerInnen dieser Wirtschaftsweise, und immer dafür sorgen kann, daß der „normale" Kapitalismus in vollendeten faschistischen Wahn umschlägt.

*„Ziel etablierter Politik ist nicht ein ‚arisches' Deutschland, sondern ein möglichst reibungsloses Wirtschaften"*, schreibt die AA/BO und unterstellt den Eliten damit ein zweckrationales Handeln, das es so nicht gibt, da jede Rationalität durch die irrationale Warenlogik ad absurdum geführt wird. Wenn auch die Bevölkerung dem Wahn konsequenter verfällt als die NutznießerInnen der momentanen Ordnung, so müssen auch diese immer wieder feststellen, daß ihre scheinbar freien Handlungen ins glatte Gegenteil des eigentlich Gewollten führen. (Schön zu sehen z. B. an der südostasiatischen Krise: Als die einst gehätschelten „Tigerstaaten" zusammenbrachen, wurde von genau *den* Zeitungen und PolitikerInnen, die dieses Modell zuvor gepriesen hatten genau die umgekehrte (Wirtschafts-)Politik gefordert.) Zu was dieser Widerspruch (zwischen bürgerlicher Aufklärungsideologie und der Realität der bürgerlichen Wirtschaft) führen kann, ist am Beispiel des Nationalsozialismus am deutlichsten geworden. So wie im Kapitalismus um der Produktion wegen produziert wird, wurde in Auschwitz um der Vernichtung wegen vernichtet. Der nationalsozialistische Wahn lief dabei oft einem *„reibungslosen Wirtschaften"* entgegen, wenn sich KapitalistInnen über das schlechte Menschenmaterial aus den KZs beklagten, oder Züge, die für Truppenbewegungen gebraucht hätten werden können, für weitere Deportationen benutzt wurden. Ebenso heute (wenn auch auf niedrigerem Niveau): Die *„optimale Auslese von ausländischen Arbeitskräften"* war auch vor der Abschaffung des Asylrechts schon möglich und Praxis. Wenn sich deutsche Hoteliers gegen Abschiebungen nach Bosnien aussprechen, um ihre bosnischen KüchengehilfInnen weiter ausbeuten zu können, zeigt dies, daß eine Arbeitsmarktpolitik „nur für Deutsche" nicht immer im Sinne des Kapitals ist. Auch der stetige Ausbau des Polizei- und Überwachungsstaats scheint absurd, angesichts der Tatsache, daß weit und breit niemand da ist, der diese Ordnung auch nur ansatzweise in Frage stellt. (Im Gegenteil sitzt der Staat so fest im Sattel wie noch nie.) Die eventuell zu erwartenden Riots à la Straßburg wären auch ohne Lauschangriff oder Gendatei unter Kontrolle zu bringen. Ebenso in der Außenpolitik erscheint es zweifelhaft, ob die deutsche Politik sehr zweckrational ist. *„Die Plünderung gesellschaftlichen Reichtums in Osteuropa"* findet eben gerade nicht statt. Deutsche Konzerne investieren dort kaum. Außer einigen Zulieferbetrieben an der Grenze und einigen industriellen Ballungsräumen um Großstädte blüht Osteuropa das gleiche Schicksal, wie den vom Weltmarkt schon abgehängten Regionen in Afrika und Asien: Das Kapital hinterläßt überall in der Welt verbrannte Erde, und das Problem der Menschen dort ist eben nicht, daß sie kolonialisiert werden, sondern genau das Gegenteil. Glücklich können diejenigen sein, die noch für westliche Konzerne schuften dürfen, die Mehrheit bildet sich aus „Geldsubjekten ohne Geld" (Kurz), ist also arbeitslos. Warum die deutsche Außenpolitik in Osteuropa, speziell in Jugoslawien so engagiert eingreift und diverse kleine „Völker" unterstützt

und dabei Bürgerkriege, wenn auch nicht verursacht, so doch verschärft, weiß eigentlich niemand in der Linken so recht. Zu holen gibt's im Kosovo, wie auch im Rest Osteuropas nix: Weder wird, wie oben bereits erwähnt, die Arbeitskraft der Menschen dort ausgebeutet, noch bietet der osteuropäische Markt einen Absatz für deutsche Waren, da kaum Kaufkraft vorhanden ist. Es sollte zumindest geprüft werden, ob die völkische Logik, mit der die deutschen Interventionen gerechtfertigt werden, mehr ist als bloße Legitimation, ob nicht vielmehr die PolitikerInnen den Mist, den sie verzapfen, am Ende selbst glauben.

Nun will der „Antifaschismus, wie wir ihn kennen" das alles leider nicht zur Kenntnis nehmen und sucht weiter nach klandestinen Nazizusammenhängen und deren Unterstützung durch den Staat. Doch die Fahndungsantifa blamiert sich, wenn sie nach der berühmten „Nadel im Nadelhaufen" (Café Morgenland) suchen muß, wenn die Stiefelnazis nur die Spitze eines zwar häufig postulierten, aber in der Praxis kaum ernstgenommenen rassistischen, nationalen Konsenses der Bevölkerung sind. Dieser nationale und rassistische Konsens ist nun aber genausowenig rational, wie er durch rationale, kalkulierte Propaganda entsteht. Rationalität wird nämlich in einer Gesellschaftsformation, in der diese nur durch die Selbstverwertung des Werts gesetzt wird, tendenziös immer untergraben. Und eben weil dies so ist, und weil die Menschen zumindest unterbewußt auch merken, daß sie als Menschen nichts zählen und keine Macht über ihr Leben haben, schließen sie sich zur Volksgemeinschaft zusammen und suchen alle Widersprüche außerhalb dieser.

**Die Kinderkrankheit im Kommunismus**

**Anmerkungen:**

(1) Alle kursiv gedruckten Zitate sind dem AA/BO-Aufruf zum Antifaschistischen Block der diesjährigen LLL-Demo entnommen. Da sich diese Kritik einmal mehr an der AA/BO festmacht, ist eher der Tatsache geschuldet, daß dies momentan die wahrnehmbarste Antifa-Initiative ist, als daß es andere Gruppen bzw. Organisationen besser machen würden. Wenn der Aufruf kritisiert wird, muß berücksichtigt werden, daß sich in diesem auch Passagen finden, die dem Gesamttenor etwas widersprechen. Der BO-Text ist insgesamt nicht völlig homogen. Der Hang zur Beliebigkeit der Publikationen der AA/BO und ihren einzelnen Gruppen ist wunderschön in der neuen Broschüre der Antifaschistischen Aktion Berlin zu sehen („*Das Konzept Antifa*" - AAB 1998), die nicht - wie die *Jungle World* kritisiert - inhaltsleer ist, sondern sich vielmehr durch ein Nebeneinander von verschiedenen, sich oft einander ausschließenden Theorieversatzstücken auszeichnet. So können Zitate von Lenin und Adorno nebeneinander stehen oder ein Zitat von Pohrt einen Absatz zur LLL-Demo einleiten, ohne daß es zu einem wirklichen Konflikt kommen würde. Doch wo alles möglich ist, bleibt am Ende nichts übrig (Zum Problem der linken Beliebigkeit vgl. auch Robert Kurz: „*Weinkenner aller Welt vereinigt euch*", in **KRISIS** 20)

(2) Auch am Wahlverhalten kann mensch schnell sehen, daß die Bevölkerung und auch große Teile der ArbeiterInnen die Weimarer Republik unterstützt bzw. wenn, dann von rechts kritisiert haben.

(3) Georgi Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau - hier zitiert nach Wippermann: *Faschismustheorien*

(4) Der unkritische Gebrauch des Wortes „Herrschende" verschleiert, daß in Wahrheit nicht Menschen die bestimmende Macht im Kapitalismus sind, sondern letztlich abstrakte Mechanismen, die sich hinter dem Rücken auch der **NutznießerInnen** der Wirtschaftsordnung abspielen. Der Kapitalismus ist keine Herrschaft von Menschen über Menschen, wie oft behauptet, sondern eine **subjektlose** Herrschaft.

(5) Nach *Jungle World* können es sich nur 7% der Menschen in Deutschland vorstellen, daß mehr als Ausländer deklarierte Menschen ins Land reinkommen dürfen.

(6) „Durchweg ist dem Film sogleich anzusehen, wie er ausgeht, wer belohnt, bestraft, vergessen wird, und vollends in der leichten Musik kann das präparierte Ohr nach den ersten Takten des Schlagers die Fortsetzung raten und fühlt sich glücklich, wenn es wirklich so eintrifft" (Horkheimer/Adorno in *Dialektik der Aufklärung*, S.133) Die Auswechselbarkeit und Schlichtheit, die Adorno und Horkhei-

mer am Jazz und am Schlager kritisieren, findet ihre vollständige Vollendung in der Technomusik, und es mutet befremdlich an, wenn inzwischen auch das Autonome Zentrum „Love-and-Peace-Demos" (RNZ vom 14.12.98) veranstaltet und das Ganze auch noch freie Kultur nennt.

(7) Das Stereotyp, daß Jüdinnen und Juden arbeitsscheu sein sollen, könnte darauf deuten, daß der Mensch, der daran glaubt, selbst nicht arbeiten will, die angebliche Heimatlosigkeit der Juden weist auf die unterbewußten Sehnsüchte hin, daß ein „Leben ohne Grenzstein" ganz nett ist. Und die weit verbreitete Homophobie könnte darauf hinweisen, daß die Menschen in Wirklichkeit das gleiche sexuelle Bedürfnis haben.

(8) Die Attacken der Nazis auf die Zirkulationssphäre bzw. das „raffende Kapital" (Banken und Handel) - personalisiert im Juden - wären so eine Verschiebung eines gesellschaftlichen Widerspruchs. Dieses antisemitische Ressentiment gegen den angeblichen Geldjuden ist noch am ehesten ein, wenn auch völlig verzerrter und nicht bewußter, antikapitalistischer Reflex.

(9) Mitunter können sich aber auch - ganz ohne AgitatorInnen - spontan autoritäre Volksbewegungen gründen, wie z. B. beim „Weißen Herbst" in Belgien - vgl. Uli Krug: „*Kollektivprojektion als Soziale Bewegung* - Ein »weißer« Herbst in Belgien", in **Bahamas** Nr.22

(10) vgl. Pankow: „Über die Nutzlosigkeit eines Schwarzbuchs des Kapitalismus", in Konkret 1/99

**Literatur zum Thema**

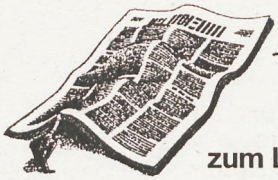
- Goldhagen: *Hitlers willige Vollstrecker*
- Küntzel, Thörner u. a.: *Goldhagen und die deutsche Linke*
- Robert Kurz: *Kollaps der Modernisierung* - Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie
- Lars Rensmann: *Kritische Theorie über den Antisemitismus*
- Adorno: *Studien zum autoritären Charakter*
- Horkheimer/Adorno: *Dialektik der Aufklärung*
- Fromm: *Furcht vor der Freiheit*
- Justus Wertmüller: „*Vom Landwehrkanal nach Wurzen* - Ein deutscher Holzweg der Antifa", in Bahamas Nr.22
- Horst Pankow: „*Totentango mit Rosa, Karl und Evita*", in ebd.
- Elfriede Müller: „Rosa Luxemburg und die Demokratie - über einen linken Mythos", in ebd.
- Manon Tuckfeld/Jens Christian Müller: „Madame Geschichte und die Kämpfe - Zur Kritik der Rosa-Luxemburg-Nostalgie", in Bahamas Nr. 13

[*Die letzten Artikel gehen (kritisch) auf selbstverständlich auch zahlreich vorhandene Gemeinsamkeiten von Lenin und Luxemburg ein, die im Leserbrief in der* Sabotage *1/98 zugunsten der eklatanten Unterschiede vernachlässigt wurden.*]

ARNie INFO EXPRESS
Infogrundbrief des Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar

★ herausgegeben vom Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar (AARN)
★ enthält Veröffentlichungen des AARN und seiner Mitgliedsgruppen
★ mit großer regionaler Presseschau und den aktuellen Ansagen vom Garfield-Infotelefon
★ mit "Kurz & LINKS Bündig
★ Veranstaltungs- und Termine-Übersicht
★ erscheint zum 15. jeden Monats - schließt die Informationslücke in der Monatsmitte

**ARNie gibt es:**
❑ für 4,- DM pro Ausgabe
❑ im Abo zzgl. 1,- DM Versand
❑ Soli-Abo für 60,-/?DM/ 10 Ausgaben
Briefmarken oder Scheine an:
**ARNie; Postfach 1232; 69236 Neckarsteinach**





# Anmerkungen der Redaktion
## zum Leserbrief der *Kinderkrankheit im Kommunismus* (KK)

**Nach dem letzten Leserbrief der *Kinderkrankheit im Kommunismus* („*Wie national ist die Linke*", *Sabotage* Nr. 35, Seiten 22 bis 26), der bewußt einige provokante Seitenhiebe auf die (radikale) Linke enthielt, war klar, daß *die* Leute aus der Polit-Scene, von denen wir schriftliche Reaktionen erwartet hatten, genau darin keine Notwendigkeit sahen. Das hatte selbstverständlich mehrere Gründe; einer davon war sicherlich das Eingeständnis absoluter Wirkungslosigkeit.**

Die letzte, ebenfalls von KK vorangetriebene Auseinandersetzung hatte vielen gezeigt, daß es im Endeffekt „nur" um das Festklopfen bestimmter Standpunkte, nicht aber um ein von gegenseitigem Austausch geprägtes, innerhalb des Diskurses zum Tragen kommendes „Zurücknehmen"/"Geben" ging. Und der letzte KK-Brief in *diesem* Streitgespräch („*Rosinen oder Brötchen*", *Sabotage* Nr. 30, Seiten 33 bis 35) hatte dies noch einmal zementiert: Da wurde teilweise - ohne auch nur im geringsten auf die vorgebrachten (Gegen-)Argumente einzugehen (z. B. auf den autonom-antifaschistischen Vorwurf des völlig unreflektierten Umgangs mit den sogenannten „RäteanarchistInnen" der Machnowstschina) - einfach wiederholt, was bereits angeführt worden war. - So, als ob es von vornherein klar gewesen wäre, wie die oder eine vermeintliche **Gegen**seite auf den ersten Leserbrief („*Geschichtsunterricht mit der AA/BO*", *Sabotage* Nr. 27, Seiten 24 bis 27) reagieren würde.

Solch ein Disput-Gebaren setzt sich selbstverständlich fest, und bestimmte Leute verlieren einfach die Lust, die ganze Zeit gegen Wände zu rennen: aus ihrer Perspektive betrachtet.

Diesmal kamen also keine schriftlichen Reaktionen. Das fanden wir zwar nicht gut, aber leben konnten wir allemal damit. Und jetzt hat uns schon wieder ein KK-Text erreicht, den wir auf den vorangegangenen Seiten abgedruckt haben. Und *den* wollen wir - als verantwortungsbewußte Redaktion - nicht reaktionslos an unserer Publikation vorbeiziehen lassen.

Deshalb diese längere Anmerkung, die nicht die letzte bleiben muß:

Was uns - abgesehen von der Schwierigkeit, ihn zu redigieren - an diesem Text am meisten stört, ist sein diffuses, indifferentes „Rundumsichschlagen". Geht mensch ihn abschnittsweise durch, so genügt bereits die Nennung einiger (»herauslesbarer«) „Schlagwörter", um diese Diffusität, Linienlosigkeit transparent zu machen: „*Revolutionäre Bewegung*" - „*Sozialfaschismusthese/Nationalsozialistische AnhängerInnschaft/Dimitroff*" - „*AA/BO-Analyse der heutigen BRD*" - „*Horkheimer*" - „*Spätkapitalistische Marktwirtschaft*" - „*Antisemitismus*" - „*Irrationalität der warenproduzierenden Gesellschaft*" - „*Auschwitz/BRD-Rassismus/Aussichtslosigkeit des heutigen Widerstands*".

Selbstverständlich finden sich in allen Texten, die „rund um sich schlagen", auch Kritikpunkte, die nicht nur ihre diskursive Legitimation haben, sondern darüber hinaus auch „wahre Kerne" besitzen. Wir wollen in diesem Fall nur den „Ungereimtheiten" nachspüren, die sich aus dem soeben Genannten ergeben. Schritt für Schritt, so kurz wie möglich:

Antinationaler Argumentationsschemata folgend, ist KK der Meinung, der deutsche Nationalsozialismus sei ausschließlich folgendes gewesen: „*die Diktatur des Volkes über jegliche Individualität, mit all den mörderischen Konsequenzen*". Dieses Paradoxon[1] war er *nur* dann, wenn an die Existenz „*eines nationalen Kollektivs, einer monolithischen deutschen Interessengemeinschaft*"[2] geglaubt wird, die sich aus ihrem antiindividualistischen Wahn heraus an die Spitze des Staatsgefüges gehievt hat. Glaubt mensch dieser (im übrigen auch von rechts besetzbaren) „Kollektivschuldthese" aber nicht, mit der am Ende auch die nationalsozialistische Legitimation bestimmter Stigmatisierungen gerechtfertigt werden kann, so war der von einer Bevölkerungs-

mehrheit getragene und von Führerkult, autoritären Parteisoldaten-Tugenden, patriarchalen Selbstherrlichkeiten, Antisemitismus, Rassismus geprägte deutsche Faschismus „*eine **antibürgerliche** Ideologie, die die Gegensätze von arm und reich, oben und unten ... zur natürlichen Ordnung einer [konstruierten] Volksgemeinschaft erhebt [und] der alltäglichen Erfahrung von Herrschaft nicht widerspricht, sondern in ihrer »Ursprünglichkeit« und »Wahrhaftigkeit« unmißverständlich bestätigt. Zentral für den deutschen Faschismus ist die offene Propagierung und ideologische Begründung der Ungleichwertigkeit der Menschen. ... In der faschistischen Ideologie von der Volksgemeinschaft wird die »soziale Frage«, also das Spannungsverhältnis sozialer Gegensätze nicht verfügbar gemacht, sondern (tendenziös) aufgehoben. Es geht nicht um die Nutzbarmachung sozialer Widersprüche, sondern um ihre Eliminierung.*“[3]

Der paradoxe Begriff „Volksdiktatur“ jedenfalls ist zur Beschreibung des NS-Staates völlig ungeeignet.

Mit der Definition des (?) Kapitalismus verhält es sich genauso: Hier meint der antideutsche Autor (in Anmerkung 4), daß „*der Kapitalismus ... eine **subjektlose** Herrschaft*“ sei. Dieses Paradoxon ist er *nur* dann, wenn davon ausgegangen wird, daß Herrschaft ausschließlich von abstrakten „Mechanismen“ zusammengehalten wird, die im Verborgenen, im Nichtmenschlichen, vielleicht sogar im Daseinsüberwindenden zur Entfaltung gelangen. Selbstverständlich gibt es solche „Mechanismen“; aber nach wie vor sind es (physisch und psychisch handelnde, eigeninteressegeleitete) **Menschen**, die aus dem Primat der Autoprivilegierung heraus zu aktiven TrägerInnen bestimmter Unterdrückungsmechanismen werden - um sich (in bestimmten Kontexten) **über** anderen positionieren zu können. Es wäre auch absurd, geradezu anmaßend, einem kleinen obdachlosen Straßenkind in Kalkutta, das alltäglich nur knapp dem Hungertod entringt, erzählen zu müssen, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem, das es in diese Position am untersten Ende der sozialen Leiter gebracht hat, nur Schein, nur Illusion, nur Subjektlosigkeit - und damit unangreifbar sei.

Mit der Analyse der AA/BO-Analyse verhält es sich genauso: anscheinend verortet die AA/BO „*die faschistische Bedrohung ausschließlich in Stiefelnazis und Staat*“. Das macht die AA/BO - als bundesweiter Zusammenschluß **antifaschistischer** Gruppierungen - selbstverständlich **auch**: aber ein Blick in ihre Anti-IG-Farben-Kampagne beispielsweise reicht, um diese plumpe Reduktion ad absurdum zu führen: Wo sind hier *Stiefelnazis*, wo ist hier der (?) *Staat*?!?

Im Textgefüge absolut deplaziert ist das Marxsche Zitat: Ziel jeder emanzipatorischen Initiative ist „*die Emanzipation der Deutschen zu Menschen*“ (Marx). Also nur *die Deutschen* (?) sollen sich zu Menschen (?) emanzipieren? Da sind wir schon wieder in der völkischen Ideologiefalle der Antideutschen. Vor allem dann, wenn dieser seltsame Sachverhalt - wie hier - auch noch an den menschenverachtenden Begriff der „Bevölkerungsfeindlichkeit“ gekoppelt wird. Wir (?) müs-

sen also, um uns (?) emanzipieren zu können, einen Krieg gegen die Bevölkerung führen - im Endeffekt also gegen uns selbst, weil wir - ob wir wollen oder nicht - Teil der hier lebenden Bevölkerung sind. Auch der „deutsche", weiße, männliche, ... Autor! [Wäre er dies *nicht*, wäre er **reines** Individuum, wäre er **antideutsche Inkarnation**; dann müßte er aber zuallererst eine nicht-deutsche Sprache wählen, um seine „radikalen" Gedanken zum Ausdruck zu bringen.]

Im Textgefüge völlig deplaziert ist auch der (bereits in der Überschrift auftauchende) Begriff „Spätkapitalismus". Das Wort „spät" deutet immer auf ein Endstadium hin; in diesem Falle bedeutet es, daß „der" Kapitalismus kurz vor seinem Supergau steht. Das mag ja sein, und wenn die Annahme eines gar „späten Spätkapitalismus" innerhalb eines Textes schlüssig und nachvollziehbar entwirrt wird, dann kann sie (die Annahme) auch gewinnbringend diskutiert werden. Hier aber wird sie (diese Annahme) zunächst mit der „Ohnmacht der Subjekte" und dann - weiter hinten - mit der Irrelevanz/Ineffektivität des linken Widerstands gegen den bundesrepublikanischen Polizei- und Überwachungsstaates verknüpft:

„*angesichts der Tatsache, daß weit und breit niemand da ist, der diese Ordnung auch nur ansatzweise in Frage stellt. (Im Gegenteil sitzt der Staat so fest im Sattel wie noch nie.)*"

aLiVe
assoziation Linker Verlage
proudly presents:
Der neue aLiVe-Katalog *Herbst 1998*
92 lesenswerte Titel aus den Bereichen Internationalismus, Politische Theorie, Feminismus, Antifa, Romane und politische Kalender für 1999 ...
Katalog kostenlos anfordern bei:
aLiVe
assoziation Linker Verlage
aLiVe, Postfach 167, 63703 Aschaffenburg
fon/fax: (06021) 15744

Wenn sich „unsere" Gesellschaft im „spät-spätkapitalistischen" Stadium befindet, dann muß es irgendwelcheN geben, die/der sie in die **post**kapitalistische Ära hinüberfährt. Eine von ohnmächtigen Subjekten getragene, irrelevante, ineffektive „Widerstands"bewegung jedenfalls nicht! Der Begriff „postfordistisches Akkumulationsregime" wäre allemal adäquater gewesen.

Im Textgefüge völlig deplaziert sind auch die Begriffe „Volkszorn" und „völkische Logik". Da sind wir schon wieder in der völkischen Ideologiefalle der Antideutschen...

Diese „Liste" der Ungereimtheiten ließe sich zweifelsohne noch erweitern, aber wir denken, daß sie reicht, um folgendes veranschaulicht zu haben:

KKs Text ist in sich widersprüchlich, linienlos, zerstreut. All das wäre entschuldbar! Aber hier dient unnötige Widersprüchlichkeit, Linienlosigkeit, Zerstreutheit scheinbar nur einem Zweck: die Zwecklosigkeit linksradikalen, revolutionären Handelns zu untermauern.

Die Botschaft lautet eindeutig:

Da es keine revolutionären Subjekte, keine (an)greifbare Herrschaft, keine (organisierte) Infragestellung der jetzigen Ordnung gibt, sondern *nur* ohnmächtige Subjekte, subjektlose Herrschaft, ein spätes spätkapitalistisches System, das „*so fest im Sattel sitzt wie noch nie*",

sollten „wir Deutschen" am besten zu Hause bleiben, unserer Handlungsunfähigkeit frönen und nach der allesbefreienden Individualität suchen.

Danke, aber dieser nihilistische Zynismus geht uns dann doch zu weit.

**Autonomes Redaktionskollektiv**

**Anmerkungen:**

1 „Paradoxon" deshalb, weil es *entweder* eine **Diktatur** einer kleinen, elitären Kaste übers „Volk", *oder* die Herrschaft des Volkes selber, also die „Demokratie" gibt.

2 Max Kemmer: „*Trapped. Antideutsche in der völkischen Ideologiefalle*", in: **Arranca!** - linke zeitschrift, Nummer 15, Berlin: Herbst 1998, Seite 6

3 autonome l.u.p.u.s. gruppe: **Lichterketten und andere Irrlichter**. *Texte gegen finstere Zeiten*, Berlin/Amsterdam: Edition ID-Archiv, Oktober 1994

# „Wir kehren auch für Ihre Sicherheit"

## Innenstadtaktion auf der Mannheimer FußgängerInnenzone

**Nachdem in Mannheim 1998 bereits mehrere Aktionen zu den Themen „Säuberung der Innenstadt", „Innere Sicherheit" und „zero tolerance" durchgeführt wurden (siehe *Sabo* 05/98), fand am Samstag, den 19. Dezember 1998 in der Mannheimer Innenstadt auf den Planken eine Innenstadtaktion der „Bürger für Sauberkeit" mit freundlicher Unterstützung von „Quengelhorn & Wurm" statt. Anfang Januar sendete uns Karl Reedlich im Auftrag der „Bürger für Sauberkeit" eine Medieninformation zur Aktion zu.**

Am 19. Dezember 1998 reinigten etwa 50 mit Schutzanzügen bekleidete Menschen mit Besen und Schrubbern die Mannheimer FußgängerInnenzone vom allgegenwärtigen Schmutz. Die Putzaktion im vorweihnachtlichen Einkaufsrummel sollte jedoch nicht nur den „herkömmlichen Schmutz" aus der Einkaufsmeile vertilgen - auch „Bettler" oder Punks waren Opfer der „Saubermänner" in weiß, die sich als Gehilfen der Stadtverwaltung und Geschäftswelt auch um unliebsame Personen kümmerten. Während der gesamten Aktion wurden Flugblätter an PassantInnen verteilt. Dort heißt es: „Weihnachten steht vor der Tür! Sie sind in der festlich geschmückten Stadt unterwegs, um die Geschenke für Ihre Lieben zu kaufen. Vom Weihnachtsmarkt her weht der Duft von Lebkuchen und Glühwein durch die Planken... Doch die Idylle trügt. In diesen Zeiten, wo die Kriminalität sich immer mehr häufen tut, müssen ordentliche Bürger mehr als früher tun, um die kriminellen Elemente von der Straße zu fegen... Wenn wir fleißigen, ordentlichen, braven, redlichen, rechtschaffenen, ehrbaren, unbescholtenen, also normalen Bürger zusammenarbeiten und unsere Stadt sauber halten, dann gibt es auch nicht so viele Kriminelle hier (New York Modell)."

In der umfangreichen Forderung der „Bürger für Sauberkeit" werden unter anderem eine „Kennzeichnungspflicht für die besonders kriminellen Teile der Gesellschaft (Jugendliche, Ausländer, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Obdachlose, ...)" und „Bundeswehreinsätze auch im Inland gegen Alltags- und Kleinkriminalität, aber auch gegen Einstiegskriminalität wie Schwarzfahren" gefordert. Ebenso wird die Wiedereinführung des Prangers „für Schmutzfinke und anderes unmoralisches Gesindel" und die „Verminung öffentlicher Rasenflächen und Grünanlagen" vorgeschlagen.

In einer Medieninformation der „Bürger für Sauberkeit" heißt es: „Mit diesen und mit vielen anderen ähnlichen Forderungen sollten der Trend zu Privatisierung und Säuberung des öffentlichen Raums und der damit einhergehende Abbau demokratischer Rechte thematisiert werden. Mit den satirischen Forderungen wurde die steigende Tendenz auf der ordnungspolitischen Seite kritisiert, zunehmende soziale Probleme vor allem mit Überwachung und Ausgrenzungsmethoden zu begegnen, während die Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben weiterhin durchgesetzt wird."

**Autonomes Redaktionskollektiv**

# „Singles"-Party im AZ
# Für ein Freies Radio Rhein-Neckar

**Am 08. Januar 1999 ab 22.00 Uhr fand die erste *„Ich-habe-950-Singles"*-Party im Autonomen Zentrum Heidelberg statt, zu der nahezu 400 Gäste kamen.**

Djane Kraut und Djane Mannem präsentierten einen musikalischen Querschnitt durch die tiefsten Sphären ihrer gepflegten Singles-Sammlungen. Zu Hören gab es extrem tanzbare Musik von den 50ern bis zu den 90ern, mit Schwerpunkt auf den 70ern und 80ern. Der Erlös der Veranstaltung ging an das Freie Radio Rhein-Neckar e. V.

Der *„Förderverein für das Freie Radio Rhein-Neckar"* wurde Anfang 1998 gegründet. Die für den Aufbau eines Studios und zur Finanzierung des Sendebetriebes nötigen Mittel erhält der bermuda.funk als nicht-kommerzieller Radiosender durch die Beiträge seiner Mitglieder und aus den Erlösen von Veranstaltungen.

**Weitere Termine:**

29.01. **Radioparty** im JUZ Mannheim
**Probesendung** mit den Thema HipHop
04.02. **Fete** in der Opera Bufa
26.02. **Radioparty** im JUZ Mannheim
**Probesendung** mit dem Thema Indie, Grunch
26.03. **Radioparty** im JUZ Mannheim
Probesendung mit dem Thema Drum 'n' Bass

**bermuda.funk**
**Freies Radio Rhein-Neckar**
**Postfach 12 06 51**
**68057 Mannheim**
**Tel. (06 21) 37 78 96**
**Fax (06 21) 81 60 48**
**e-Mail: freies-radio@gmx.de**
**http://bermudafunk.home.pages.de**
**Bankverbindung: Volksbank Rhein-Neckar e. G., Kto.Nr. 15 24 33 09, BLZ 670 900 00**

bermuda funk

# Demos & Veranstaltungen

## Fr. 22.01.
### Winteressen der Roten Hilfe 19.00 Uhr

**Winteressen der Roten Hilfe, OG HD im E.-J. Gumbel-Raum des Karlstorbahnhof Heidelberg**

»Liebe Ortsgruppenmitglieder, liebe FreundInnen der Rote Hilfe,

hiermit möchten wir euch zum traditionellen Winteressen der Roten Hilfe Ortsgruppe Heidelberg einladen. Wie in den letzten Jahren auch, wollen wir allen Mitgliedern die Möglichkeit geben, sich in gemütlicher Atmosphäre besser kennenzulernen, sowie interessierten GenossInnen einen ersten Kontakt zur Ortsgruppe ermöglichen, und natürlich gemeinsam einen netten Abend haben. Wir haben uns selbstverständlich wieder ein kleines Programm für euch einfallen lassen: So werdet ihr einen kurzen Ausblick über die für 1999 geplanten Aktivitäten der Roten Hilfe bekommen, auch haben wir wieder ein Pub Quiz für euch vorbereitet. Zu Essen soll es selbstverständlich auch etwas geben.

Wir würden uns freuen, wenn ihr einen Salat oder etwas Süßes mitbringen könntet, um das kalte Buffet ein wenig zu bereichern. Zur Planung des Buffets müssen wir von euch wissen, mit wieviel Personen ihr kommt und vor allem, ob und was ihr zu essen mitbringt. Bitte gebt uns deshalb bis zum 18.01 Bescheid.

Von allen, die nichts zu Essen mitbringen möchten oder können, wird ein Unkostenbeitrag von DM 7,- erhoben.

Bis dahin mit solidarischen Grüßen,
die Aktivengruppe
der Roten Hilfe e. V. OG Heidelberg«

**Veranstaltet von der Roten Hilfe, OG Heidelberg**
Postfach 103162
69021 Heidelberg
Fax: (0 62 21) 16 44 89

## Mi. 27.01.
### Veranstaltung in Mannheim 20.15 Uhr

**Veranstaltung im Anderen Buchladen MA zum Thema „Antisemitismus, made in DDR? - Der kurze Weg des deutschen Marxismus-Leninismus und Antiimperialismus zum antisemitischen Antizionismus“**

»1952/53 ... stand im antifaschistischen Nachfolgestaat des Dritten Reiches wieder die Entlarvung und Verfolgung von „Volksschädlingen“ auf der Tagesordnung. Wieder wurden „jüdische Kapitalisten“ der „Verschiebung deutschen Volksvermögens“ bezichtigt. Die SED begann derart entschlossen mit der Bekämpfung von „Gesindel wie Kosmopoliten, Zionisten, Freimaurern und anderer moralisch verkommener Subjekte“, daß rund die Hälfte der Jüdinnen und Juden aus der DDR floh. Mit dem Sechstagekrieg im Nahen Osten 1967 setzte eine neue Welle antizionistischer Propaganda in der DDR ein. Nicht nur verteufelte man Israel als „Hauptwerkzeug des Weltimperialismus gegen die Befreiungsbewegung der arabischen Völker“, sondern entdeckte in den Israelis gar die Nazis der Gegenwart und bezichtigte sie des „Holocaust“ am palästinensischen Volk. In der antizionistischen Propaganda der DDR wird nicht nur offensichtlich, wie nah der Stalinsche Marxismus-Leninismus dem Antisemitismus steht und wie schnell eine antiimperialistische Parteinahme im Nahost-Konflikt ebenfalls bei tendenziös antisemitischen Argumentationen landen muß. Es zeigt sich auch, daß die DDR mit ihrem Antizionismus auch ihr „ureigenstes nationales Interesse“ verfolgte: Die Entlastung ihres „friedliebenden deutschen Volkes“ von Auschwitz.«

Beginn: 20.15 Uhr, Der Andere Buchladen Mannheim, Beitrag: 5,- DM [Referent: Thomas Haury, Freiburg]

**Veranstaltet von der Rosa Luxemburg Gesellschaft e. V.**

## Fr. 22.01.

**Kabarett in Heidelberg — 20.00 Uhr**

**Kabarett „Das organisierte Glück" im Kulturfenster Corner**

Kabarett von und mit Caspar und Bianca. Hemmungslos und gekonnt wildert das Duo im deutschsprachigen Liedgut. Mit Leichtigkeit stellen sie Spielarten von Lebens- und Liebeszusammenhängen in Frage. Unsicherheit und Verklemmtheit verwandeln sich in höchst erotische Spannungen...

Beginn: 20.00 Uhr, Kulturfenster Corner, Kirchstraße 16, Heidelberg, Eintritt: 18,- DM

**Veranstaltet vom Lesbenring e. V., Regionalgruppe Heidelberg**

## Sa. 06.02.

**Demo in Heidelberg — 12.00 Uhr**

**Demonstration „Kein Tag ohne Autonomes Zentrum" in Heidelberg**

(siehe Artikel in dieser *Sabo*)

Beginn: 12.00 Uhr

Treffpunkt: Bauhaus Heidelberg

## Do. 11.02.

**Veranstaltung in Mannheim — 20.15 Uhr**

**Veranstaltung im Anderen Buchladen MA zum Thema „Das Elend des Neoliberalismus"**

»Die einen feiern ihn als finalen Sieg des Kapitalismus, die anderen werten ihn zum apokalyptischen Ungeheuer auf. Doch beide Stilisierungen verdecken das Elend des Neoliberalismus: Trotz der langjährigen Dominanz neoliberaler Politik mit drastischen Restrukturierungsmaßnahmen in Wirtschaft und Gesellschaft ist es nicht gelungen, eine stabile Hegemonie zu etablieren. Nach einer langjährigen Prosperitätsphase dominieren Wirtschaftskriege, Börsencrashs, Massenarbeitslosigkeit, Pleitenwellen, Öko-Dumping, Rassismus mehr denn je. Brüche und Widersprüche werden zunehmend auch in den politischen Eliten bemerkbar, lassen das neoliberale Projekt mehr und mehr als zweifelhaft erscheinen. Die Rede vom Politikwechsel macht die Runde, „neoliberale Sozialdemokraten" stehen für einen Trend zu einer europäischen „New Labour" ... oder zu einer „reflexiven Moderne"..., die sich der allgemeinen Verunsicherung offensiv stellt. Was bedeutet da, noch links zu sein? Hat die Rede von der Zivilisierung des Kapitalismus Substanz? Was ist von einem historischen Bündnis zwischen Marxismus und der „guten" Seite des Liberalismus zu halten? Unter Zuhilfenahme des marxistischen Werkzeugkastens ... werden in dem Vortrag kurz die aktuellen Tendenzen des globalen Kapitalismus analysiert sowie die ideologischen und politischen Verwerfungen verfolgt. In hegemonietheoretischer Perspektive geht es dann um Alternativen für eine erneuerte Linke, die sich einem modernisierten Kapitalismus als zumindest ebenbürtig erweist.

Beginn: 20.15 Uhr, Der Andere Buchladen Mannheim, Beitrag: 5,- DM [Referent: Hans Peter Krebs, Frankfurt]

**Veranstaltet von der Rosa Luxemburg Gesellschaft e. V.**

## Mo. 22.02.

**Ausstellung in Saarbrücken**

**Vom 22.02. bis zum 28.03.1999 ist die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht" im VHS-Zentrum in Saarbrücken zu sehen.**

In dieser Ausstellung werden eindrucksvolle Dokumente wie Fotos, Feldpostbriefe und Originalfilme gezeigt, die die Beteiligung der deutschen Wehrmacht am faschistischen Vernichtungskrieg gegen die Bevölkerungen Osteuropas belegen. Begleitet wird die Ausstellung von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen sowie Filmen im Kino „Achteinhalb". Das Programmheft dazu kann mensch z. B. an der Volkshochschule in Saarbrücken bekommen oder ordern. Seit Anfang 1997 zieht die Ausstellung in der BRD (und auch in Österreich) von Stadt zu Stadt. Immer wieder kommt es in diesen Städten zu Gegendemonstrationen von Faschisten. Bei diesen Demonstrationen verbünden sich regelmäßig Alt- mit Neonazis, ja sogar bis in das bürgerlich-konservative Lager hinein. So geschehen im März 1997 in München, als mehr als 5000 Faschisten zusammen mit CSU-Mitgliedern gegen die Ausstellung demonstrierten. Bleibt abzuwarten, was in Saarbrücken geschehen wird.

# JUZ MA

selbstverwaltet

Antifaschistisch

## Termine im Januar / Februar 1999

| | | |
|---|---|---|
| SA, 23.01. | Radio-Workshop des *bermuda.funk* | 12-19 Uhr |
| | N.E.W.I.W. vs. KREISLAUF: die Mitternachtsdisco im JUZ | 23 Uhr |
| DO, 28.01. | Billigbiertag | 19.30 Uhr |
| FR, 29.01. | *bermuda.funk* - Party mit DJ's des *bermuda.funk* Hip-Hop-Night | 22 Uhr |
| SA, 30.01. | Punk/Hardcore-Konzert mit ACCION MUTANTE, MURDER DISCO EXPERIENCE und SMRP | 20 Uhr |
| FR, 12.02. | Spiritual - Night: Gothic-DarkWave-Industrial-Disco | 22 Uhr |
| SA, 13.02. | Konzert mit UNTERGANGSKOMMANDO u. a. | 20 Uhr |
| SA, 20.02. | N.E.W.I.W. vs. KREISLAUF: die Mitternachtsdisco im JUZ | 23 Uhr |
| DO, 25.02. | Billigbiertag | 19.30 Uhr |
| FR, 26.02. | *bermuda.funk* - Party mit DJ's des *bermuda.funk* Indie/Grunge | 22 Uhr |
| SA, 27.02. | VEB Laut & Lästig présenté: nuit français avec LES PARTISANS e. a. | 20 Uhr |

**Regelmäßige Termine:**

**Jeden Dienstag: Vollversammlung ab 19°°**
**Jeden Donnerstag: Freiraumcafé, Vokü ab 19°°, Infoladen ab 20°°**
**Jeden Sonntag: RollenspielerInnen-Treffen ab 13°°**

JUZ Mannheim in Selbstverwaltung "Friedrich Dürr"
Neuer Meßplatz Tel./Fax : 0621/305144
Postfach 121965 68070 Mannheim

# KEIN TAG OHNE AUTONOMES ZENTRUM!

# DEMO

6.FEBRUAR 99

12.00 UHR

BAUHAUS

HEIDELBERG